

med.dent. magazin

... der Wegbegleiter
vom Studienanfänger
zum Praxisgründer

A k t u e l l

I n h a l t

Drittes FTD-Entscheiderpanel zur Gesundheitswirtschaft

Führungskräfte beurteilen Gesundheitspolitik der Bundesregierung mehrheitlich mit mangelhaft bis ungenügend

Deutschlands Entscheider aus der Gesundheitswirtschaft stellen der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus: Knapp die Hälfte (49,6 Prozent) beurteilt die bisherige Arbeit in der Gesundheitspolitik mit mangelhaft oder ungenügend. Lediglich sechs Prozent vergeben die Note gut. Das geht aus einer Umfrage unter mehr als 300 Führungskräften von Unternehmen der Gesundheitswirtschaft hervor, die die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND gemeinsam mit der Unternehmensberatung B-LUE Management Consulting bereits zum dritten Mal durchgeführt hat.

Quelle: <http://www.ftd.de/>

- 5. Europatag der Bundeszahnärztekammer
- PKV startet Negativkampagne gegen GKV
- Oesingmann: „Freie Berufe wachsen, bauen zusätzliche Arbeitsplätze auf und beschäftigen erstmals mehr als drei Millionen Menschen“
- Gegen Beweisumkehr bei Arzthaftung
- Das Reform-Eckpunkte im Original
- Zahnärzteorganisationen - Strukturelle Reformen überfällig
- AOK-Vorstandskonferenz
- Umfrage: Miserable Noten für die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik
- Basis für eine zukunftsfeste Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung
- Gesundheitsprämie
- "Gesamtkonzept statt Flickschusterei im Gesundheitswesen"
- BZÄK-Klausurtagung beschäftigte sich mit den Megatrends im Gesundheitswesen
- IfMDA-Studie: Gesundheitsprämie im Modell Zahnmedizin
- Reform der zahnärztlichen Vergütungsstrukturen
- KZBV-Vertreterversammlung warnt vor undifferenzierter Kostendämpfungspolitik
- Delegierte fordern Aufhebung der strikten Budgetierung
- Forderung nach Anhebung der zahnärztlichen GKV-Honorare im Osten erneuert
- Bürokratismus statt Heilung
- Zahnärzte setzen sich für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen ein
- Steuerzahlergedenktag 4. Juli 2010
- Grauduszus: „Biotop einer Umfaller-Partei produziert Vertrauensverlust!“
- TK: Krankenstand wie vor zehn Jahren, aber 40 Prozent mehr psychische Störungen
- 2. Weimarer Forum: Frauen fördern und fordern
- Erweiterter Anspruch auf Zahnersatz für GKV-Versicherte
- IMPRESSUM

5. Europatag der Bundeszahnärztekammer

Die Patienten in den Mittelpunkt rücken – parallele Entwicklungen in Deutschland und Europa

Am 2. Juni 2010 fand im Medizinhistorischen Museum der Charité in Berlin der 5. Europatag der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) statt. Zahlreiche Teilnehmer aus dem Gesundheitssektor diskutierten mit Vertretern aus dem Deutschen Bundestag, dem Europäischen Parlament, nationalen und europäischen Patientenvertretern sowie Vertretern aus der Wissenschaft zum Thema ‚Gesundheitspolitik in Deutschland und Europa – Auf dem Weg zum mündigen Patienten?‘. Hintergrund der beiden Diskussionsrunden, die der Leiter des ZDF-Studios Brüssel, Udo van Kampen, und die Fachjournalistin für Gesundheits- und Sozialpolitik, Petra Spielberg, moderierten, waren die aktuellen Bestrebungen rund um das Thema Patientenrechte und Patientensicherheit in Brüssel und Berlin.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass es sinnvoll sei, frühzeitig Kohärenz zwischen der nationalen und der europäischen Ebene herzustellen. So könnten auch nationale Lösungen aktiv in den europäischen Diskussionsprozess eingebracht werden. Einig waren sich die Teilnehmer auch darin, dass gerade die freiberuflich organisierten Zahnärzte in besonderem Maße in der Lage seien, den Erfordernissen von Patientenschutz sowie der Durchsetzung von Patientenrechten gerecht zu werden.

BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel machte deutlich, dass wohlverstandene Berufspolitik immer auch am Gemeinwohl ausgerichtet sein und vor allem den Patienten im Auge behalten müsse. „Wir müssen täglich um das Vertrauen der Patienten kämpfen. Wir wollen keine Misstrauenskultur, sondern eine Vertrauenskultur im Sinne des Patienten. Das ist wirklicher Patientenschutz“, so sein Fazit.

Quelle: <http://www.bzaek.de/>

PKV startet Negativkampagne gegen GKV

Die privaten Kassen haben eine Negativ-Kampagne gegen die gesetzlichen initiiert. Unter dem Stichwort "PKV - die gesunde Versicherung" suggeriert die PKV, dass die GKV mit Staatsschulden finanziert wird - auf Kosten der nächsten Generationen.

Zudem drohten den gesetzlich Versicherten drastisch steigende Beiträge oder Leistungskürzungen, heißt es auf der eigens geschalteten Site: 2050 lägen die Beiträge bereits zwischen 25 und 43 Prozent.

"Ich finde das diffamierend", kommentierte die Chefin des GKV-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer, die Werbekampagne. Denn im Gegensatz zu diesen Behauptungen habe die gesetzliche Krankenversicherung gar keine Schulden. Die Kampagne sei ein reines Ablenkungsmanöver der privaten Konkurrenz, wird Pfeiffer von der "Süddeutschen Zeitung" zitiert. Im Augenblick bettele die PKV doch darum, genauso wie die gesetzlichen Kassen behandelt zu werden. Schließlich wollten auch die privaten Versicherer vom Arzneimittelsparpaket profitieren.

Sie verwundere das nicht: "Schließlich steigen die Beiträge der privaten Versicherer schon seit Jahren nahezu ungebremst - und das, obwohl sie auf Gutverdiener und Gesunde setzen und versuchen, Alten und chronisch Kranken aus dem Weg zu gehen."

Quelle: <http://www.zm-online.de>

Oesingmann: „Freie Berufe wachsen, bauen zusätzliche Arbeitsplätze auf und beschäftigen erstmals mehr als drei Millionen Menschen“

Zur Vorstellung der neuesten Statistik der Selbstständigen in den Freien Berufen erklärt BFB-Präsident Dr. Ulrich Oesingmann: „Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen steigt weiter kontinuierlich an. Sie stieg im Vergleich zum Vorjahr von 1.053.000 auf 1.114.000. Ein Plus von 5,8 Prozent. Damit setzt sich das Wachstum der vergangenen Jahre von satten vier bis fünf Prozent fort.

Der Zuwachs der Zahl der Selbstständigen in berufsrechtlich geregelten Freien Berufen beträgt zum Stichtag 1. Januar 2010 rund 1,3 Prozent. Bei den nicht verkammerten Freien Berufen ist ein Anstieg um 9,8 Prozent zu verzeichnen. Damit zeigen sich die Freien Berufe selbst in der Krise dynamisch, meistens robust und als tragfähige Existenzen. Auch unterstreichen die Zahlen das Gewicht der Freien Berufe als Wirtschaftsfaktor, der mehr als zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Die Freien Berufe können dank der für sie charakteristischen Kreativität und Flexibilität besser mit der Krise umgehen und sind vor allem, entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend, für den Arbeitsmarkt ein Fels in der Brandung.

Erstmals wurde die Drei-Millionen-Marke bei der Zahl der Mitarbeiter überschritten. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken um 1,2 Prozent gestiegen, von 2.636.000 auf 2.668.000. Dieser Zuwachs aber ist in erster Linie den verkammerten Freien Berufen und deren spezifischem Wachstum zu verdanken. Rechnet man nun noch die Zahl der Auszubildenden und die nicht-sozialversicherungspflichtigen Familienangehörigen dazu, arbeiten nunmehr 3.015.000 Personen bei einem Freiberufler. Ein Plus von 1,5 Prozent.

In Summe sind 4.129.000 Menschen Freiberufler oder dort beschäftigt. Während andere Bereiche schrumpfen, bauen die Freien Berufe ihre Position aus. Neue Berufsbilder wie Kommunikationscoach, Berater für Gesundheitsmanagement oder Präventologe belegen diese Dynamik der Freien Berufe, die nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ Triebfeder bei der Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft sind. Dieser Prozess hin zu hochqualifizierten Dienstleistungen ist geprägt durch technische und gesellschaftliche Veränderungen. So verändern neue Technologien unser Leben, altert die Gesellschaft, wandeln sich kulturelle Ansprüche und steigt die Komplexität, was dazu führt, dass guter Rat und gute Tat vermehrt nachgefragt werden - vom Bürger beim Freiberufler.

Werden die vier Säulen der Freien Berufe einzeln betrachtet, so wuchsen die Freien Kulturberufe mit einem Plus von fast 7,8 Prozent am stärksten. Wie auch schon in den vergangenen Jahren bestimmt hier die steigende Zahl von neuen Berufsbildern etwa im Kreativ- und Bildungssektor das Bild. Das Phänomen der Notselbstständigkeit etwa im Bereich der Medienberufe relativiert die positive Aussage. Gründungen aus der Arbeitslosigkeit haben über alle Freien Berufen gerechnet aber trotz Krise nicht zugelegt. Am zweitstärksten legten die Freien technisch-naturwissenschaftlichen Berufe mit rund 7,5 Prozent zu. Eine Ursache ist hier, dass gerade der technische Bereich vom rasanten Technikwandel geprägt wird. Zudem wirken auch Outsourcing-Maßnahmen technischer Unternehmen.

Die Freien rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe legten um rund 4,8 Prozent zu. Ursache ist vor allem der anhaltende Bedarf an kompetenter Beratung, der durch die Wirtschaftskrise und eine erhöhte Nachfrage zur Vorbereitung des Aufschwungs auch der gewerblichen Wirtschaft noch weiter verstärkt wurde. Die Zahl der Freien Heilberufler ist um rund vier Prozent angestiegen. Ein Zuwachs bei der Gruppe der Gesundheitsfachberufe und der der heilpädagogischen Berufe trägt dieses Plus. Eine Ursache ist die steigende Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen, die durch ein gestiegenes Gesundheitsbewusstsein, aber auch demographisch getrieben wird. Zudem gibt es vermehrt Kooperationen von Ärzten mit anderen Fachberufen.

Diese Zahlen bestätigen nicht nur das freiberufliche Modell und seine Kernmerkmale wie Unabhängigkeit und personengebundene fachliche Kompetenz. Sie belegen auch, dass insbesondere die Freiberufler mit ihrer persönlichen und wissensgestützten Qualifikation die Spitze des Dienstleistungssektors repräsentieren und den sich beschleunigenden Strukturwandel entscheidend mitbestimmen werden.

Die wichtigsten Zahlen im Überblick

- Vergleichswert für 2009 in Klammern
- Quelle: IFB (Institut für Freie Berufe Nürnberg)

Freie Heilberufe:	335.000 (322.000)
Freie rechts-, wirtschafts- und steuerberatende Berufe:	303.000 (289.000)
Freie technisch-naturwissenschaftliche Berufe:	199.000 (185.000)
Freie Kulturberufe:	277.000 (257.000)
Selbstständige in Freien Berufen insgesamt:	1.114.000 (1.053.000)
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:	2.668.000 (2.636.000)
Auszubildende:	125.000 (124.000)
Nicht sozialversicherungspfl. Familienangehörige:	222.000 (210.000)
Erwerbstätige in Freien Berufen:	4.129.000 (4.023.000)
Entwicklung der Erwerbstätigen in Freien Berufen (1977-2010):	289,5 %
Anteil der Freien Berufe an allen Selbstständigen:	26,9 % (25,3 %)
Wachstum der Freien Berufe (1992-2010):	116,7 %

Der BFB als Spitzenorganisation der freiberuflichen Kammern und Verbände vertritt die Interessen der über eine Million selbstständigen Freiberufler. Diese beschäftigen über drei Millionen Mitarbeiter - darunter ca. 125 Tausend Auszubildende. Gemeinsam mit ihren Mitarbeitern erarbeiten Freiberufler rund 10,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und erwirtschaften so jeden zehnten Euro.

Quelle: <http://www.freie-berufe.de>

Gegen Beweisumkehr bei Arzthaftung

Patientenbeauftragter der Bundesregierung will keine "amerikanischen Verhältnisse"

Wenn ein Patient glaubt, einem Behandlungsfehler zum Opfer gefallen zu sein, muss er dies bisher meist selbst beweisen. Manche Patientenvertreter und Verbraucherschützer wünschen sich, dass umgekehrt der Arzt nachweisen sollte, dass er richtig gehandelt hat. Wolfgang Zöller (CSU), der Patientenbeauftragte der Bundesregierung ist gegen die allgemeine Umkehr der Beweislast. "Dann hätten wir womöglich bald amerikanische Verhältnisse, wo, überspitzt gesagt, für die Absicherung gegen Klagen mehr Geld ausgegeben werden muss als für die Behandlung der Patienten", begründet er seinen Standpunkt im Gespräch mit der "Apotheken Umschau". Für bestimmte Fälle könne er sich aber vorstellen, dem Arzt die Beweislast zu übertragen, zum Beispiel, wenn dieser die Herausgabe von Dokumenten verweigert. Um die Patientenrechte zu stärken, möchte Zöller bei den Schlichtungsstellen der Ärztekammern einen Patientenvertreter mit an den Tisch setzen. In einem geplanten Patientenrechtegesetz solle festgeschrieben werden, dass sich Verfahren bei den Schlichtungsstellen oder vor Gericht nicht jahrelang hinziehen dürfen.

Quelle: <http://www.apotheken-umschau.de>

Das Reform-Eckpunkte im Original

"Leistungserbringer und die Krankenkassen müssen ihren Teil beitragen"

Allgemeines Schulterklopfen in Berlin: Das Konzept für eine GKV-Finanzreform steht. Was die Regierungsfractionen in dem Papier „Für ein gerechtes, soziales, stabiles, wettbewerbliches und transparentes Gesundheitssystem“ konkret vorschlagen, dokumentiert der änd im Folgenden auszugsweise.

Die Leistungserbringer und die Krankenkassen müssen ihren Teil zur Konsolidierung beitragen. Ausgabensteigerungen werden wir dort begrenzen, wo das verantwortbar ist, ohne dass dies zu Leistungseinschränkungen oder Qualitätsverlusten führt. In folgenden Bereichen werden wir ab 2011 die Ausgaben stabilisieren:

- Die Verwaltungskosten der Krankenkassen dürfen in den nächsten beiden Jahren im Vergleich zum Jahr 2010 nicht ansteigen.
- Falls Krankenhäuser über die vertraglich vereinbarten Leistungen hinaus Mehrleistungen erbringen, wird ein Effizienzabschlag von 30 % festgesetzt. Außerdem dürfen die Krankenhausausgaben lediglich in Höhe der halben Grundlohnsummensteigerung wachsen.
- Bei den Zahnärzten wird der Zuwachs auf die halbe Grundlohnsummensteigerung begrenzt.
- Die Preise für Impfstoffe werden auf das europäische Durchschnittsniveau gesenkt.
- Wirtschaftlichkeitsreserven bei der Reimportregelung bei Arzneimitteln werden erhöht.
- Das Vergütungsniveau in der Hausarztzentrierten Versorgung wird begrenzt. Es gilt Vertrauensschutz für Verträge, die bis zum Kabinettsbeschluss rechtsgültig sind.

Im Bereich der Arzneimittel haben wir bereits kurzfristig wirksame Einsparungen beschlossen und setzen die langfristige strukturelle Neuordnung um. Insgesamt erreichen wir im Jahr 2011 3,5 Milliarden Euro und im Jahr 2012 4 Milliarden Euro Einsparungen.

Quelle: <http://www.zaend.de>

Zahnärzteorganisationen

Strukturelle Reformen überfällig

Mit Enttäuschung reagierten die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) auf die bisher bekannten Pläne der Bundesregierung für eine Gesundheitsreform.

Der Vorsitzende des Vorstandes der KZBV, Dr. Jürgen Fedderwitz, sagte: „Es werden nur Sparmaßnahmen aufgelistet. Die überfälligen strukturellen Veränderungen in der zahnärztlichen Versorgung sind nicht angegangen worden. Positive Ausnahme ist die vom CDU-Gesundheitsexperten Rolf Koschorrek angekündigte Angleichung der Zahnarzt-Honorare im Osten an das West-Niveau. Wir Zahnärzte sparen für die GKV schon seit Jahren Milliarden-Beträge. Und wir sind trotzdem wie alle anderen in der Gesellschaft auch bereit, unseren Beitrag zu leisten. Aber wir erwarten, dass nachhaltige Strukturreformen im zahnärztlichen Bereich bis 2012 umgesetzt sind.“

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, warnte vor den Auswirkungen einer falsch verstandenen Sparpolitik auf die Zahnmedizinische Versorgung: "Die Zahnmedizin ist ein präventionsorientierter Sektor. Wer hier spart, spart vor allem an der Verhütung von Erkrankungen und steigert die Folgekosten. Das ist nicht effizient."

Quelle: <http://www.bzaek.de/> - <http://www.kzbv.de/>

Am Ziel vorbei geschrammt

Nach monatelangen Querelen haben sich die Koalitionäre gestern auf eine so genannte Gesundheitsreform geeinigt. „Das ist wieder einmal der typische halbherzige Kompromiss mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner, bei dem man die Reformkomponente mit der Lupe suchen muss“, kommentiert der FVDZ-Bundesvorsitzende, Dr. Karl-Heinz Sundmacher. Es bedürfe schon besonderer Fähigkeiten, den „neuen“ Zusatzbeitrag als andere Form der versprochenen Prämie zu erkennen, zumal seine Ausgestaltung das bayerische Handlungsfeigkeitsprinzip „allen wohl und keinem wehe“ widerspiegele.

Enttäuscht zeigt sich Sundmacher über das Vorhaben der Regierung, auch die Zahnärzte für die GKV-Defizite in Haftung zu nehmen. „Der Anteil der Zahnmedizin an den GKV-Ausgaben sinkt seit Jahrzehnten. Die Zahnärzte jetzt für die überproportionalen Kostensteigerungen in anderen Leistungsbereichen durch Honorarbegrenzungen in Verantwortung zu nehmen ist schon eine besondere Form politischer Missachtung“, sagt der Verbandschef.

Quelle: <http://www.fvdz.de/>

AOK-Vorstandskonferenz

Gesundheitsreform bringt zunächst stabile Finanzierung bei gesicherten Leistungen

Die angekündigten Beitragssatzerhöhungen sind eine "unaufschiebbare Notoperation", um das drohende Rekord-Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung von bis zu 11 Milliarden Euro im nächsten Jahr aufzufangen. So hat heute die Vorstandskonferenz der 14 AOKs und ihres Bundesverbandes die jetzt von Bundesgesundheitsminister Rösler vorgelegten Eckpunkte der Gesundheitsreform bewertet.

Es sei gut für Versicherte und Beitragszahler, dass die Regierung jetzt für 2011 endlich Kalkulationssicherheit schaffe, auch wenn sich niemand über höhere Belastungen freue. Die gesetzlichen Krankenkassen könnten damit bei weiter vollständigem Leistungsangebot die gute Versorgung der Patienten sicherstellen. Dennoch sei die Bundesregierung gefordert, das System der gesetzlichen Krankenversicherung auch mittel- und langfristig zukunftssicher zu machen. Dazu bedürfe es weiterer echter Strukturveränderungen, damit Kostensteigerungen wegen des künftig nach oben hin offenen Zusatzbeitrages auch in den Folgejahren nicht alleine durch die Versicherten zu tragen seien. Zwar sei es grundsätzlich anerkennenswert, dass die Lasten für die nächsten zwei Jahre auf alle Schultern verteilt werden. Jedoch fällt der Sparbeitrag von Ärzten und Krankenhäusern zu niedrig aus. Nach den politisch gewollten hohen Zuwächsen bei den Vergütungen im Vorjahr wäre eine "Nullrunde", wie sie von den Gesetzlichen Krankenkassen bei den Verwaltungskosten erwartet wird, für die niedergelassenen Ärzte und die Krankenhäuser sicherlich keine Zumutung.

Darüber hinaus fehlten mittelfristig wirksame Maßnahmen für mehr Wettbewerb. Die Kassen könnten wirtschaftlicher arbeiten, wenn sie z.B. mit bestimmten spezialisierten Leistungserbringern in der stationären und ambulanten Versorgung selektive Verträge über planbare Behandlungen abschließen dürften. Diese wirtschaftliche Freiheit zur Gestaltung einer besseren Versorgung fehle. Bevor man dem Beitragszahler tiefer in die Tasche greife, müssten auch alle wettbewerblichen Potentiale gehoben werden.

Die neuen Finanzierungsmechanismen seien nur dann sozial verantwortbar, wenn zusammen mit dem Sozialausgleich direkt beim Arbeitgeber bzw. bei der Rentenversicherung oder der Arbeitsagentur sichergestellt werde, dass die Zahlungen der Zusatzbeiträge auch tatsächlich bei der Kasse ankommen. Hier fehlten noch überzeugende Regelungen, weil nach derzeitigem Stand sonst Zahlungsausfälle von bis zu 30 % drohen. Diese Ausfälle würden dann wieder von allen anderen Versicherten einer Kasse als höhere Zusatzbeiträge zu bezahlen sein. Das wäre ungerecht und wettbewerbsverzerrend. Hier sei die Regierung gefordert, Mechanismen vorzusehen, die eine effektive und vollständige Beitragserhebung ermöglichen. Die derzeitigen Ausgleichsmechanismen zwischen den Kassen über den Gesundheitsfonds hätten sich sowohl wettbewerblich wie sozial bewährt. Im Interesse der Versicherten begrüße die AOK daher, dass die Bundesregierung diese sachgerechten Regelungen beibehält.

Quelle: <http://www.aok.de>

Umfrage: Miserable Noten für die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik

Patienten und Ärzte aber teils gespaltener Meinung

Die große Mehrheit der Bundesbürger (90%) stellt der Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung ein schlechtes Zwischenzeugnis aus. Vor allem die mögliche Einführung einer Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) sowie eine Erhöhung oder Ausweitung von Zusatzbeiträgen stoßen auf heftige Ablehnung. 80 Prozent der Deutschen sind zudem der Meinung, die schwarz-gelbe Koalition mache insgesamt eine schlechtere Gesundheitspolitik als die Vorgängerregierung.

Ähnlich kritisch äußern sich auch viele niedergelassene Ärzte. Im Gegensatz zu den Patienten sehen sie aber auch einzelne Fortschritte in der aktuellen Gesundheitspolitik. Gesundheitsminister Philipp Rösler, der in der Bevölkerung kaum Rückhalt findet - und schlechter abschneidet als Ulla Schmidt - kommt bei den Ärzten zwar auch nicht wirklich gut an, immerhin aber besser als seine Amtsvorgängerin.

Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGovPsychonomics in Kooperation mit DocCheck Market Research. 1.000 Bundesbürger sowie 200 niedergelassene Ärzte aus dem Ärzte-Panel von DocCheck wurden repräsentativ zur aktuellen Gesundheitspolitik befragt.

Bei der Beurteilung der gesundheitspolitischen Kompetenz der Parteien zeigen sich Patienten und Ärzte extrem gespalten: Während die Bundesbürger den Sozialdemokraten die größte gesundheitspolitische Kompetenz zuschreiben (38%) und die FDP hier weit abgeschlagen auf dem letzten Platz landet (6%; CDU/CSU: 22%; Grüne: 18%; Linke: 16%;), sind die Ärzte der Ansicht, die FDP habe die größte Kompetenz in Gesundheitsfragen (45%), gefolgt von CDU/CSU (31%), Grüne (13%), SPD (10%) und Linke (1%).

Einig sind sich Ärzte und Patienten allerdings in der Einschätzung, dass es der schwarz-gelben Regierung an der nötigen Stärke zur Durchsetzung wirksamer gesundheitspolitischer Reformen fehle. "Das Thema Gesundheit entwickelt sich für viele Bundesbürger immer mehr zu einer sozialen Frage", sagt Markus Schöne, Studienleiter bei der YouGovPsychonomics AG. "Drei von vier Bundesbürgern liegt die Verhinderung einer 2-Klassen-Gesellschaft in der Gesundheitsversorgung stärker am Herzen als die Diskussion einzelner gesundheitspolitischer Maßnahmen. Daraus ergeben sich auch Spaltungspotenziale im Verhältnis zu den Ärzten, die einer stärkeren finanziellen Belastung der Patienten und insbesondere möglichen Behandlungsunterschieden weniger kritisch gegenüber stehen."

Als kostendämpfende Maßnahmen im Gesundheitssystem bevorzugen die Bundesbürger vor allem eine stärkere Belastung der Pharmaindustrie (83%) sowie die Erhöhung des Drucks auf die Krankenkassen, wirtschaftlicher zu arbeiten (79%). Weitere Potenziale zur Senkung des Kostendrucks werden in der Abschaffung der privaten Krankenversicherung (43%) sowie in der stärkeren Steuerfinanzierung des Gesundheitsfonds (39%) gesehen.

"Für die niedergelassenen Ärzte steht der Bürokratieabbau bei den Krankenkassen als kostensenkender Aspekt im Vordergrund: 83 Prozent zählen eine wirtschaftlichere Arbeit der Krankenkassen zu den drei wichtigsten Maßnahmen überhaupt, um dem zunehmenden Kostendruck im Gesundheitswesen zu begegnen." Neben den Krankenkassen wollen die niedergelassenen Ärzte den Hebel zur Kostensenkung zudem auch bei der Pharmaindustrie angelegt wissen (63%). Aber auch die Einführung einer Gesundheitsprämie (38%) oder die flächendeckende Ausweitung von Zusatzbeiträgen (32%) halten die Ärzte für geeignete Maßnahmen - auf Patientenseite sind dies gerade einmal rund 10 bis 15 Prozent. Auf konzeptioneller Ebene stimmen Patienten und Ärzte weitgehend überein: zur Verbesserung des Gesundheitssystems bedarf es vor allem einer stärkeren Förderung der Gesundheitsvorsorge sowie einer stärkeren Abstimmung aller an der Therapie von Erkrankungen Beteiligten. Auch die Forschung zur Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unterschiedlicher Behandlungsmethoden sollte ausgebaut werden. Speziell die Ärzte sehen zudem noch deutliche Optimierungspotenziale in der Zusammenarbeit zwischen ambulantem und stationärem Behandlungssektor.

Quelle: <http://www.psychonomics.de> - <http://research.doccheck.com>

Basis für eine zukunftsfeste Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Dr. Rolf Koschorrek, Obmann der Unionsfraktion im Gesundheitsausschuss, zu den Eckpunkten der Gesundheitsreform, die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossenen haben:

„Die geplanten Maßnahmen sind dazu geeignet, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zukunftsfest zu machen. Als Mitglied der Verhandlungsgruppe der Koalition, die in den vergangenen Wochen zusammen mit Minister Rösler das Konzept einer Begrenzung der Ausgaben für die Kassen erarbeitet hat, begrüße ich den jetzt vorgestellten Entwurf ausdrücklich: Es ist uns gelungen ein ausgewogenes Konzept zu erarbeiten, in dem wir die notwendige Erhöhung der Einnahmen der Krankenkassen mit einer Deckelung der Ausgaben verknüpfen.

Die Ausgabenseite wird stabilisiert, indem alle Beteiligten, wie die Krankenkassen, Krankenhäuser, Pharmaunternehmen, einen Beitrag dazu leisten, die Kostensteigerung zu begrenzen. Dazu zählen auch die Zahnärzte und die Verträge zwischen Krankenkassen und Hausärzten, die auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden. Zugleich wird die überfällige Angleichung der Zahnarzt Honorare in den neuen Bundesländern an die ihrer Kollegen in den alten Ländern bis Ende 2012 umgesetzt. Die Krankenkassen erhalten höhere Einnahmen durch die Rückkehr zu dem „alten allgemeinen Beitragssatz“ von 15,5%, der vorübergehend zur Entlastung der Beitragszahler in Folge der Wirtschaftskrise auf 14,6 gesenkt wurde.

Das neue, wichtige und wegweisende Element für die künftige Entwicklung im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungen ist der lohnabhängige Zusatzbeitrag. Über die lohnabhängigen Zusatzbeiträge werden künftige Kostensteigerungen im Gesundheitswesen finanziert und durch die neuen Bestimmungen über die Höhe und die Grenzen des vom einzelnen Versicherten zutragenden Zusatzbeitrags schaffen wir die Grundlagen dafür, dass sich die Kassen hinsichtlich ihrer jeweiligen Kosten und ihrer besonderen Leistungen und Angebote im Wettbewerb um die Versicherten unterscheiden und bewähren können.

Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass unser Gesundheitssystem in den nächsten Jahren und Jahrzehnten teurer wird, denn wir wollen unser gewohntes, gutes und flächendeckendes Gesundheitssystem in unserem Land aufrecht erhalten. Nach jetzigen Berechnungen wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag bis 2014 den Betrag von 16 € nicht überschreiten.“

Quelle: <http://www.dzw.de>

Gesundheitsprämie

Effizient, sozial ausgewogen und Kosten senkend

Mit der Einführung einer Gesundheitsprämie würde der Bund um rund 4,5 Milliarden Euro gegenüber dem Status quo entlastet, wie Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigen. Um die derzeitigen Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu decken, müsste die Gesundheitsprämie monatlich 250 Euro pro Kopf betragen. Der soziale Ausgleich kann dann erreicht werden, indem diejenigen Krankenversicherten einen steuerfinanzierten Zuschuss vom Staat erhalten, deren gesamte Prämie 16,5 Prozent des Einkommens überschreitet.

Eine Gesundheitsprämie kann zudem mittelfristig die Probleme der GKV erheblich abfedern: Sie sorgt für Preistransparenz und eine kostenbewusste Nachfrage. Denn die Prämie spiegelt die Kosten der medizinischen Versorgung wider. Somit entsteht für die Versicherten ein Anreiz, bei gleicher Qualität einen Tarif mit möglichst günstigen Versorgungsangeboten und -formen zu wählen.

Quelle: <http://www.iwkoeln.de/>

"Gesamtkonzept statt Flickschusterei im Gesundheitswesen"

Anlässlich der aktuellen Beratungen der Bundesregierung zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung erklärt der Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V., Wolfgang Steiger:

"Gesamtkonzept statt Flickschusterei im Gesundheitswesen"

"Der Wirtschaftsrat hat die große Sorge, dass die Bundesregierung den Weg des geringsten Widerstandes geht und sich vor den anstehenden Herkulesaufgaben im Gesundheitswesen wegduckt. Statt isoliert die Beiträge zu erhöhen und Arbeit weiter zu verteuern, muss die einseitige Finanzierung der Krankheitskosten über Löhne endlich beendet werden. Alles andere ist Gift für den Aufschwung und gefährdet die Zukunftsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens", erklärt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V..

"Mehr Geld in den Gesundheitsfonds zu pumpen mag helfen, kurzfristig Finanzlöcher zu stopfen. Der langfristige Nutzen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens ist jedoch gleich Null. Statt Flickschusterei brauchen wir ein mutiges Gesamtkonzept: Einsparpotenziale müssen konsequent genutzt, Strukturreformen mutig angepackt und die Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Versorgung dringend verbessert werden. Zudem brauchen wir angesichts der dramatischen Bevölkerungsalterung mehr Vorsorge. An einer Umstellung der Sozialen Pflegeversicherung auf Kapitaldeckung und einer gezielten Stärkung der Privaten Krankenversicherung führt daher kein Weg vorbei", sagt Wolfgang Steiger.

"Nur die Umstellung auf eine lohnunabhängige Finanzierung stärkt den Wettbewerb und macht Schluss mit der beschäftigungsfeindlichen Belastung der Arbeitsplätze. Deshalb ist die von der Bundesregierung angestrebte Lockerung der Deckelung der Zusatzbeiträge ein erster, richtiger Schritt. Gleichzeitig bedarf es jedoch eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs, an dessen Finanzierung sich alle Bürger - auch Beamte, Selbstständige und Besserverdiener - beteiligen. Um den ohnehin bereits angespannten Bundeshaushalt nicht zu überlasten, empfiehlt der Wirtschaftsrat einen stufenweisen Übergang auf eine lohnunabhängige Finanzierung:

1. Stufe: Schnellstmögliche Öffnung des Gesundheitsfonds für mehr Wettbewerb durch Abschaffung der Überforderungsklausel beim Zusatzbeitrag und Einführung eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs.
2. Stufe: Umstellung der Arbeitnehmerbeiträge auf Gesundheitsprämien.
3. Stufe: Ausschüttung der Arbeitgeberbeiträge an die Arbeitnehmer."

"Für mehr Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Versorgung hat der Wirtschaftsrat umfassende Vorschläge unterbreitet. Hierzu gehören:

- Mehr Wettbewerb zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern um die beste und wirtschaftlichste medizinische Versorgung.
- Ganzheitliche Behandlungsabläufe durch den Einsatz moderner Medizintechnik, Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte und Ausbau Medizinischer Versorgungszentren.
- Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus bei Krankenhäusern durch vermehrte Nutzung von privatem Kapital.
- Abbau der Überregulierung bei Arzneimitteln und mehr Wettbewerb auch bei patentgeschützten Medikamenten.
- Stärkung der Eigenverantwortung durch vermehrte private Absicherung von zahnärztlicher Behandlung und Krankengeld sowie Abbau versicherungsfremder Leistungen."

"Für die Umsetzung eines solchen gesundheitspolitischen Gesamtkonzepts, das die Gesetzliche Krankenversicherung langfristig finanzierbar, leistungsfähig und sozial ausgewogen gestaltet, kann Bundesgesundheitsminister Dr. Rösler auf eine engagierte Rückendeckung des Wirtschaftsrats bauen", sagt Steiger.

Quelle: Wirtschaftsrat der CDU e.V. – <http://www.wirtschaftsrat.de>

BZÄK-Klausurtagung beschäftigte sich mit den Megatrends im Gesundheitswesen

Der Vorstand der Bundeszahnärztekammer hat sich auf seiner diesjährigen Klausurtagung in Rotach-Egern mit wesentlichen Fragen der weiteren Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens auseinandergesetzt.

Den Schwerpunkt bildete die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Auswirkungen aktueller gesundheitspolitischer Vorhaben wie Öffnungsklausel, Selektivverträge und Patientenrechte auf die Zahnärzteschaft. Unter fachkundiger Moderation des Chefredakteurs der Vincentz-Network GmbH, Thomas Grünert, diskutierten die Teilnehmer u. a. mit Dr. Thomas Drabinski, Leiter des Instituts für Mikrodaten-Analyse (Kiel), die wesentlichen gesundheitspolitischen Entwicklungen und Trends der kommenden Jahre. Hierzu zählten u. a. Fragen der Finanzierung des Gesundheitssystems, der qualitätsorientierten Vergütung, der Telemedizin oder des einheitlichen Krankenversicherungsmarkts.

Daneben widmete sich der Vorstand in einem ersten Block ausführlich dem Thema „Der mündige Patient – Bedeutung für die zahnärztliche Berufsausübung und die Selbstverwaltung“. Dazu referierte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten, Wolfram-Arnim Candidus zu aktuellen patientenrelevanten Themen wie den Patientenrechte, Prävention, Bürgerbeteiligung sowie Transparenz.

Das Thema „Öffnungsklausel und Selektivverträge – Bedeutung für den Berufsstand und die Zahnärztekammern“ stellte den zweiten wesentlichen Themenblock der Klausurtagung dar. Hierzu standen der stellvertretende KZBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Eßer und RA Nuerretin Fenercioglu vom Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) dem Vorstand der BZÄK Rede und Antwort. Dr. Eßer stellte klar, dass es der PKV aus seiner Sicht in diesem Zusammenhang darum gehe, über die Vereinbarung von qualitätsabhängiger Vergütung zu einem Preiswettbewerb zu kommen. Zudem sollen Selektivverträge der Patientennavigation dienen. Herr Fenercioglu bemängelte demgegenüber die fehlende Einflussnahmemöglichkeit der PKV-Unternehmen auf die Qualität oder Menge der medizinischen Leistungen und damit im Ergebnis auch auf die Kostensteigerungen. „Wer nach solchen Äußerungen immer noch glaubt, dass Öffnungsklausel und Selektivverträge etwas anderes darstellen sollen als reine Einsparinstrumente, dem ist wohl nicht zu helfen. Mit Qualitätssicherung haben solche Vorstellungen jedenfalls nichts zu tun“ so BZÄK-Präsident Dr. Engel abschließend.

Die BZÄK wird die im Rahmen der Klausurtagung aufgeworfenen Themen in ihren Gremien und auf politischer Ebene nun Schritt für Schritt abarbeiten und Position beziehen.

Quelle: <http://www.bzaek.de/>

IfMDA-Studie: Gesundheitsprämie im Modell Zahnmedizin

„Nachhaltigkeit für alle Generationen“

In einer aktuellen wissenschaftlichen Studie hat der Gesundheitsökonom Dr. Thomas Drabinski, Leiter des Instituts für Mikrodaten-Analyse (IfMDA), die Umsetzbarkeit einer „Gesundheitsprämie im Modell Zahnmedizin“ umfangreich untermauert. Das Kieler Institut hat im Auftrag des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) geprüft, ob und unter welchen Bedingungen die Einführung einer kleinen Gesundheitsprämie Zahnmedizin finanzierbar ist. „Es gibt keinen besseren Einstieg in eine einkommensunabhängige GKV-Finanzierung“, sagt der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Karl-Heinz Sundmacher.

Die Drabinski-Studie zeigt, dass in einem ersten Schritt der zahnmedizinische Leistungsbereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Höhe von 12,5 Milliarden Euro vom prozentualen Beitrag abgekoppelt und durch eine tragbare Prämie finanziert werden kann. Jeder Erwachsene über 18 Jahre zahlt nach Berechnungen des IfMDA pro Monat eine Prämie in Höhe von 18,90 Euro. Um eine finanzielle Benachteiligung einkommensschwacher Personen zu verhindern, sieht das Konzept einen systeminternen sozialen Ausgleich vor. Der gewählte Studien-Ansatz hat den Vorteil, dass sich die Finanzierung der GKV vom konjunkturabhängigen Arbeitseinkommen und der Subventionierung durch Steuergelder löst. „Hier wird ein zukunftsfähiges Finanzierungsmodell mit einem bewährten Versorgungskonzept gekoppelt. Insgesamt bedeutet das mehr Nachhaltigkeit für alle Generationen, ohne Leistungsausschluss“, fasst Drabinski zusammen.

„Der Einstieg in eine Prämienfinanzierung über den Sektor Zahnmedizin hat wesentliche Vorteile gegenüber dem theoretischen Regierungsmodell einer Gesundheitskombi“, bekräftigt der FVDZ-Bundesvorsitzende die Ergebnisse der Studie. Der zahnmedizinische Leistungsbereich sei inhaltlich gut abgegrenzt und finanziell überschaubar. Sundmacher weiter: „Da die Patienten seit Jahrzehnten an Zuzahlungen zu zahnmedizinischen Leistungen gewöhnt sind, dürfte ein Beginn der Finanzierungsreform mit der Zahnmedizin für die Versicherten keine große Überraschung darstellen und auch keine unlösbaren Umstellungsprobleme mit sich bringen.“

Die Einführung der kleinen Gesundheitsprämie Zahnmedizin hätte laut Drabinski nebenbei für die Gesundheitspolitiker den Charme, dass durch diesen Schritt der für 2011 prognostizierte Fehlbetrag in der GKV von etwa 11 Milliarden Euro kompensiert und die Steuersubventionierung der GKV zurückgedreht werden könnte. Drabinski: „Die bisher vorgelegten Prämienvorschläge sind nicht nachhaltig, da sie auf immer weiter ansteigende Steuersubventionen angewiesen sind – und jeder Subventions-Euro wird mit 16 Cent Neuverschuldung erkaufte.“

Quelle: <http://www.ifmda.de>

Reform der zahnärztlichen Vergütungsstrukturen

vdek und KZBV fordern gerechtere Wettbewerbsbedingungen

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) haben sich auf Eckpunkte für eine Reform der zahnärztlichen Vergütungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verständigt. Ziel der gemeinsamen Forderungen an den Gesetzgeber ist eine Fortentwicklung und Flexibilisierung der Vergütungsstrukturen, die regionale Besonderheiten berücksichtigen und gerechtere Wettbewerbsbedingungen für Vertragszahnärzte und Ersatzkassen herstellen.

Für Dr. Wolfgang Eßer, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der KZBV, ist eine Reform des zahnärztlichen Vergütungssystems lange überfällig: „Die gesetzlichen Regelungen von gestern passen nicht mehr zur wettbewerblich ausgerichteten Versorgungswelt von heute und gefährden die Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung. Wir haben noch immer Budgets auf der Basis historischer Leistungsbedarfe. Zudem hat die Politik den Krankenkassenwechsel erleichtert. Viele Versicherte machen davon Gebrauch. Das verändert den Leistungsbedarf einzelner Kassen. Weil die Vergütungsstrukturen das unberücksichtigt lassen, verliert die vertragszahnärztliche Versorgung jährlich mehr als 100 Millionen Euro.

Neben der Zahl der Versicherten muss auch die Versichertenstruktur einer Krankenkasse bei der Festlegung der Honorarvolumina berücksichtigt werden können.“ Nötig seien adäquate Steuerungselemente, die den zahnmedizinischen Fortschritt nicht behinderten. Dass die Zahnmedizin kein Kostentreiber in der GKV sei, belege die Entwicklung der letzten Jahre.

Auch der Vorstandsvorsitzende des vdek, Thomas Ballast, sieht dringenden Reformbedarf: „Historisch bedingt haben wir bei Primär- und Ersatzkassen unterschiedliche Vergütungen für zahnärztliche Leistungen. Anders als für die vertragsärztliche Vergütung und die Vergütung von Krankenhausleistungen sind diese Unterschiede bisher im zahnärztlichen Honorarbereich nicht per Gesetz behoben worden. Für die Ersatzkassen bedeutet das spürbare Wettbewerbsnachteile und führt somit für unsere Versicherten zu finanziellen Belastungen. Wir brauchen deshalb eine Angleichung der Honorare. Das kann auf Länderebene passieren, damit regionalen Besonderheiten Rechnung getragen wird.“ Vorgeschlagen werde eine nach der Versichertenanzahl der einzelnen Kasse und deren tatsächlichen Leistungsbedarf gewichtete Angleichung. Damit, so Ballast weiter, stelle man sicher, dass für alle Krankenkassen gleiche Ausgangsbedingungen im Wettbewerb gelten und für die zahnmedizinische Versorgung der Versicherten insgesamt künftig nicht weniger Mittel als bisher zur Verfügung stünden.

Quelle: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) - <http://www.bzaek.de/>

FVDZ-Bundesvorstand: Angebliche Vergütungsreform von KZBV und vdek ist Augenwischerei

Der Bundesvorstand des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) hat sich in seiner Sitzung vom 18. Juni 2010 einstimmig gegen den Vorstoß des stellvertretenden Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Wolfgang Esser, zur sogenannten Reform der zahnärztlichen Vergütungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ausgesprochen. Stein des Anstoßes sind die Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden des Verbandes der Ersatzkassen (vdek), Wolfgang Ballast, in einer Pressemeldung der KZBV. Dieser verspricht sich von einer solchen, gemeinsam vorangetriebenen Reform eine Angleichung der Punktwerte von Primär- und Ersatzkassen.

„Da weder der vdek noch die KZBV den Primärkassen eine kompensatorische Punktwertanhebung verordnen kann, läuft dieser Ansatz auf eine Absenkung des Ersatzkassenpunktwertes und somit auf einen dramatischen Honorarverlust für die Zahnärzteschaft hinaus“, so Dr. Karl-Heinz Sundmacher, Bundesvorsitzender des FVDZ. Faktisch müssten die Zahnärzte dann deutlich mehr Füllungen legen, um das gleiche Honorarvolumen wie bisher zu erreichen. Wer die Budgetierung durch Punktwertabsenkung beenden möchte, handele nicht im Sinne der niedergelassenen Zahnärzte, so der Bundesvorsitzende.

Überraschende Unterstützung erhalten Esser und Ballast nun von der Gruppierung Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB), namentlich Dr. Janusz Rat, gleichzeitig auch Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) in einer Pressemitteilung. Gleichzeitig wird dem FVDZ vorgeworfen, gegen die Abschaffung der Budgetierung zu sein. „Derartige Anwürfe entbehren jeder Grundlage. Rat hat im Wahlkampf offensichtlich jeden Bezug zur Realität verloren“, kommentiert Dr. Reiner Zajitschek, bayerisches FVDZ-Bundesvorstandsmitglied den ZZB-Vorstoß. Zajitschek weiter: „Der FVDZ wird in den anstehenden Wahlen den fälligen Wechsel in Bayern herbeiführen und die unerträgliche Verschleierungspolitik von ZZB beenden.“

Quelle: <http://www.fvdz.de/>

KZBV-Vertreterversammlung warnt vor undifferenzierter Kostendämpfungspolitik

Auf der 13. Vertreterversammlung der KZBV in Berlin haben die Delegierten in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die Bundesregierung aufgefordert, „nicht in die gescheiterte Kostendämpfungspolitik der Vergangenheit zurückzufallen“. Eine undifferenzierte Sparpolitik habe gravierende Auswirkungen auf die flächendeckende, wohnortnahe Versorgung der Patienten. Zwar seien die Finanzierungsprobleme der GKV nicht zu verkennen, aber eine qualitativ hochwertige Versorgung sei auf Dauer „nur durch tragfähige strukturelle Reformen“ zu erreichen. Kostendämpfungsmaßnahmen seien in der zahnmedizinischen Versorgung fehl am Platz. Ihr Anteil an den Leistungsausgaben der GKV nehme ohnehin kontinuierlich ab.

Quelle: KZBV-Telegramm

Delegierte fordern Aufhebung der strikten Budgetierung

Einmütig appellierten die Delegierten an den Gesetzgeber, „auch in Zeiten akuter Finanzierungsprobleme der GKV die von der KZBV vorgeschlagenen strukturellen Reformen im Bereich der vertragszahnärztlichen Versorgung aufzugreifen und die Abschaffung der Budgetierung mit strikter Grundlohnsammenbindung nunmehr zeitnah umzusetzen.“ Budgets seien „anachronistisch und leistungsfeindlich“ und könnten für den Patienten zur Rationierung von Leistungen führen. Der Gesetzgeber habe sie daher im ambulanten ärztlichen und im stationären Sektor bereits abgeschafft. Für den zahnärztlichen Sektor sei das Ende der Budgetierung überfällig. In einem wettbewerblich ausgerichteten Vergütungssystem seien auch wettbewerbsfähige Vergütungsstrukturen notwendig.

Quelle: KZBV-Telegramm

Forderung nach Anhebung der zahnärztlichen GKV-Honorare im Osten erneuert

Das Zahnärzteparlament bekräftigte einstimmig den Anspruch an den Gesetzgeber, „die Angleichung der vertragszahnärztlichen Vergütung in den neuen Bundesländern und Berlin an das Niveau der alten Bundesländer vorzunehmen und damit die politisch anerkannte Forderung der KZBV umzusetzen.“ Dazu seien die im Jahr 2009 vereinbarten Punktwerte in den neuen Bundesländern um 10,6 Prozent und in Berlin um 8,8 Prozent zu erhöhen. Angesichts der weitgehenden Angleichung der allgemeinen Kosten und der Kostenstruktur in den Praxen habe eine Tätigkeit als Vertragszahnarzt in den neuen Bundesländern derzeit eine relativ geringe Attraktivität, es komme zur Abwanderung von Fachpersonal.

Quelle: KZBV-Telegramm

Sektorenübergreifende Qualitätssicherung und Online-Anbindung der Praxen in der Diskussion

Kritisch diskutierte die Versammlung die Richtlinie Nr. 13 des G-BA zur allgemeinen sektorenübergreifenden Qualitätssicherung. Die Mehrheit der Delegierten kritisierte sie als „für die Zahnärzteschaft nicht zielführend“ und forderte vom Gesetzgeber eine Änderung des SGB V, damit „die gesetzlichen Regelungen über die einrichtungs- und sektorenübergreifende Qualitätssicherung nicht (mehr) für Zahnärzte gelten.“ Die verschiedenen Möglichkeiten zur Ausgestaltung der spezifisch zahnärztlichen Regelungen will die KZBV ab Sommer 2010 in Arbeitsgruppensitzungen diskutieren, um im weiteren G-BA-Verfahren die zahnärztlichen Besonderheiten zum Tragen bringen und Spielräume ausnutzen zu können.

Mehrheitlich votierten die Delegierten auch gegen „eine Zwangsvernetzung der Zahnarztpraxen mit den Krankenkassen (verpflichtende Online-Anbindung) zum Zwecke des Stammdatenabgleichs“, die der Gesetzgeber im Zuge der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) beschlossen hat. Ureigene Verwaltungsfunktionen der Krankenkassen wie die Überprüfung der Stammdaten dürften nicht „zu Lasten und Kosten der Zahnärzte in den Zahnarztpraxen ausgelagert werden.“

Quelle: KZBV-Telegramm

Bürokratismus statt Heilung

Eine ausufernde Misstrauens- und Überwachungskultur überzieht zunehmend das deutsche Gesundheitswesen. Jüngstes Beispiel: die Verabschiedung der "Richtlinie über einrichtungs- und sektorenübergreifende Maßnahmen zur Qualitätssicherung" durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) der gesetzlichen Krankenversicherung.

"Damit wird eine weitgehend sinn- und nutzlose aber extrem teure neue Bürokratie etabliert, die nicht nur unbrauchbare, sondern schädliche Ergebnisse hervorbringen wird", so die einhellige Auffassung der zahnärztlichen Verbände in Schleswig-Holstein. Die mit der zentralen Datenerfassung und –auswertung aller Behandlungsabläufe angestrebte Normierung und Nivellierung (Auffälligkeiten nach "Unten", wie nach "Oben" sollen herausgefiltert werden) werde weder Gesundheit noch Qualität fördern, sondern sei bestenfalls eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Schreibtischtäter. "Paragrafen haben noch keinen Menschen geheilt", betonen denn auch der Präsident der Zahnärztekammer, Dr. K. Ulrich Rubehn, der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, Dr. Peter Kriett und der Vorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, Dr. Joachim Hüttmann.

Anders als in der stationären Behandlung gebe es in der zahnärztlichen ambulanten Versorgung auf den verschiedenen Ebenen lange etablierte und gut funktionierende Qualitätsindikatoren: zunächst den Patienten, der jede zahnärztliche Maßnahme mitverfolge und auch nachträglich in Augenschein nehmen könne. Zusätzlich bestehe ein effektives Gutachter- und Schlichtungswesen. Angesicht der allgemein anerkannten Erfolge zahnärztlicher Prophylaxe und Therapie sei der um sich greifende Überwachungswahn geradezu ein Schlag ins Gesicht. "Gerade erst wurde ELENA - der elektronische Entgeltnachweis - wegen ausufernder Kosten, zweifelhaftem Nutzen und ungelöster Datenschutzproblematik gestoppt, da wird der nächste kostspielige Unsinn angeleiert. Wir brauchen so etwas nicht!"

Quelle: <http://www.zaek-sh.de>

Neu: Gelebtes Qualitätsmanagement

Bis zum Jahresende bleibt vertragszahnärztlichen Praxen noch Zeit, ein QM-System nach dem Gemeinsamen Bundesausschuss einzuführen. Zahlreiche Angebote nebst ausführlichen Formularsammlungen stellt der Markt hierzu bereit. Doch wie lassen sich die Formulare in den Praxisablauf integrieren, ohne dass es zur sinnlosen Bürokratie wird?

Der Psychologe und Autor Bernd Sandock befreit das Thema QM von seinem trockenen Image und präsentiert ein effizientes und erfrischendes Konzept der Unternehmensführung – auch und vor allem für Zahnarztpraxen! In der nunmehr 2., vollständig überarbeiteten und erweiterten Auflage des Fachbuchs „Gelebtes Qualitätsmanagement“ zeigt er auf, wie sich durch QM Organisation und Abläufe optimieren lassen und die Praxis durch konsequente Orientierung an den Erwartungen der Patienten erfolgreicher wird. Im Vordergrund steht dabei die teaminterne Verständigung. Schritt für Schritt wird der Leser in Aufbau und Funktionsweise eines Qualitätsmanagementsystems für die eigene Praxis eingeführt. Zahlreiche Praxistipps und Formularbeispiele erleichtern die Umsetzung in den Praxisalltag.

Profitieren können sowohl Praxen, die die Einführung eines Qualitätsmanagements planen, als auch diejenigen, die es bereits eingeführt haben und nun kontinuierlich verbessern wollen.

(1328 Zeichen gesamt)
Neu: Gelebtes Qualitätsmanagement
Wie Sie Management und Alltag in Ihrer Praxis optimieren
von Bernd Sandock
mit einem Beitrag von Christoph Jäger
2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage
Broschur, 239 Seiten, 41 Abbildungen und Tabellen
ISBN-13: 978-3-941964-30-3
42,80 € (D), 44,- € (A), 71,- CHF

Quelle: <http://www.spitta.de/gelebtes-qualitaetsmanagement>

Zahnärzte setzen sich für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen ein

KZBV und BZÄK stellen Reformkonzept für bessere zahnärztliche Versorgung vor

Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen sollen zukünftig Anspruch auf besondere präventive zahnmedizinische Leistungen ihrer Krankenkasse haben, wenn sie zur täglichen Mundhygiene nicht ausreichend in der Lage sind. Da viele Patienten aufgrund ihrer geistigen oder körperlichen Einschränkungen nicht in die Zahnarztpraxis kommen können, soll außerdem die aufsuchende Betreuung durch den Zahnarzt gefördert werden.

So lauten die zentralen Forderungen eines Versorgungskonzeptes mit dem Titel „Mundgesund trotz Handicap und hohem Alter“, das die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) gemeinsam mit Wissenschaftlern der Deutschen Gesellschaft für Alterszahnheilkunde (DGAZ) und der Arbeitsgemeinschaft für zahnärztliche Behindertenbehandlung im Bundesverband Deutscher Oralchirurgen (BDO) entwickelt haben.

Mit dem Konzept, das heute in Berlin der Presse, der Politik und der allgemeinen Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sollen endlich grundlegende Defizite in der zahnmedizinischen Versorgung körperlich und kognitiv eingeschränkter Menschen angegangen werden. Dazu sagte der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der KZBV, Dr. Wolfgang Eßer: „Die zahnmedizinische Versorgung in der GKV ist darauf abgestimmt, dass Versicherte zur Vorsorge selbst die Zähne putzen und zur Behandlung eine Zahnarztpraxis aufsuchen können. Viele ältere, pflegebedürftige Patienten und Menschen mit schweren Behinderungen sind aber dazu nicht in der Lage. Die Anzahl der Menschen, die auf besondere zahnärztliche Hilfe angewiesen sind, steigt von Jahr zu Jahr. Diese Patienten können und wollen wir nicht alleine lassen. Zur Umsetzung unseres Versorgungskonzeptes benötigen wir die Hilfe des Gesetzgebers.“

Der Vizepräsident der BZÄK, Dr. Dietmar Oesterreich, warnte vor den zunehmend wachsenden Problemen in der zahnmedizinischen Versorgung der betroffenen Gruppen: „Bisher haben wir über karitative Organisationen und ehrenamtliches Engagement zahnärztlicher Kollegen versucht, die Versorgungsdefizite aufzufangen. Aber das ist schwierig bis unmöglich. Wir haben etwa 600.000 Menschen mit Behinderungen und gut zwei Millionen Pflegebedürftige, für die eine aufwendige zahnmedizinische Betreuung notwendig ist. Und die Zahl wird angesichts der demografischen Entwicklung noch sehr viel weiter steigen. Deswegen brauchen wir endlich eine strukturelle Lösung.“

Prof. Andreas Schulte, leitender Oberarzt an der Poliklinik für Zahnerhaltung in Heidelberg und Co-Autor des Versorgungskonzeptes, wies auf die besonderen zahnmedizinischen Herausforderungen hin, die sich bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung oder in Pflege ergeben: „Die Mundgesundheit der Betroffenen ist insgesamt wesentlich schlechter als im Bevölkerungsdurchschnitt. Die Behandlung erfordert oft einen hohen Kommunikations- und Versorgungsaufwand oder ist nur unter Vollnarkose möglich. Gerade im Pflegebereich treffen wir auf spezifische, altersbedingte Krankheitsbilder. Parodontalerkrankungen, Karies an freiliegenden Zahnwurzeln oder Probleme, die aus allgemeinmedizinischen Erkrankungen sowie einem verringerten Speichelfluss resultieren, sind sehr häufig. Sie machen eine kontinuierliche Betreuung unerlässlich.“

Quelle: <http://www.bzaek.de/> - <http://www.kzbv.de/>

Der alte Patient in der zahnärztlichen Praxis

Aufgrund der stetig wachsenden Zahl älterer Menschen rücken die Probleme der Betagten und Hochbetagten immer mehr in den Vordergrund der zahnärztlichen Tätigkeit.

Die täglichen Erfahrungen in der zahnärztlichen Praxis lehren uns, dass ganz individuelle Lebenserfahrungen, erhebliche Unterschiede im Allgemeinzustand und uneinheitliche finanzielle Verhältnisse ältere Menschen zu einer extrem heterogenen Patientengruppe machen und der Umgang mit den Senioren allen Beteiligten oftmals ein hohes Maß an Wissen, Erfahrung und Toleranz abverlangt. Die Betagten und Hochbetagten benötigen oft umfangreiche Rehabilitation im stomatognathen System, wobei die Mundgesundheit jedoch nur ein Teilbereich ist, der zur Lebensqualität beiträgt.

Dieses Buch, von zwei ausgewiesenen Expertinnen verfasst, bietet eine Zusammenstellung verschiedener multidisziplinär angelegter Kapitel, die dabei helfen soll, die komplexen, über die Zahnmedizin hinausgehenden Zusammenhänge besser zu verstehen. Zahlreiche Ratschläge und Tipps der einzelnen Autoren machen die täglich vom Zahnarzt abverlangten Entscheidungen in Zusammenarbeit mit den Betagten und Hochbetagten leichter.

Müller, Frauke / Nitschke, Ina
Der alte Patient in der zahnärztlichen Praxis
Fachgebiet: Medizin allgemein, Patientenaufklärung, Zahnheilkunde allgemein
1. Auflage 2010
320 Seiten, 424 farbige Abbildungen
98,00 Euro
Best.-Nr. 13890
ISBN 978-3-938947-57-9
Quintessenz Verlags-GmbH, Berlin

Quelle: <http://www.quintessenz.de/>

Steuerzahlergedenktag 4. Juli 2010

Ab diesem Tag arbeiten wir wieder für unser Portemonnaie!

Am Sonntag, dem 4. Juli 2010, ist der Steuerzahlergedenktag! Damit liegt er in diesem Jahr 10 Tage früher als 2009. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler arbeiten die Deutschen ab diesem Tag wieder für ihr eigenes Portemonnaie. Das gesamte Einkommen, das die Steuer- und Beitragszahler vor diesem Datum erwirtschaftet haben, wurde rein rechnerisch an den Staat abgeführt. Der Bund der Steuerzahler verkennt nicht, dass den Leistungen der Steuer- und Beitragszahler auch Leistungen des Staates und der Sozialversicherungsträger gegenüberstehen.

Ermittelt wird der Steuerzahlergedenktag auf Grundlage der volkswirtschaftlichen Einkommensbelastungsquote. Anhand dieser Quote wird deutlich, wie viel der Staat vom Einkommen seiner Bürger und Unternehmen über Steuern und Sozialabgaben einbehält. Für 2010 werden es genau 50,5 Prozent sein. Das bedeutet, dass der 4. Juli 2010, 7.47 Uhr, der exakte Zeitpunkt ist, bis zu dem die Steuer- und Abgabenzahler für den Staat arbeiten. Ab 7.48 Uhr arbeiten sie also quasi in ihre eigene Tasche und damit deutlich früher als im Jahr 2009.

Faktoren, die zu einer Entlastung der Steuerzahler führten:

Der diesjährige Steuerzahlergedenktag fällt auf ein früheres Datum als im vergangenen Jahr, weil sich Entlastungen der Steuer- und Beitragszahler positiv auf die Einkommensbelastungsquote auswirken. Aufgrund folgender Faktoren arbeiten die Deutschen in diesem Jahr einige Tage weniger für den Staat als noch im vergangenen Jahr:

Die verbesserte Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung trug zur Entlastung ebenso bei wie die erste volle Jahreswirkung der Absenkung des Krankenversicherungsbeitrages um 0,6 Prozentpunkte (zum 1.7.2009). Zudem wirkten sich die Korrekturen beim Lohn- und Einkommensteuertarif

mit der Anhebung des Grundfreibetrages von 7.835 auf 8.004 Euro sowie die Verschiebung der Tarifeckwerte um jeweils 330 Euro zum 1.1.2010 positiv aus. Auch die parallele Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags zum 1.1.2010 trug zur Entlastung der Steuer- und Beitragszahler bei.

Auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen hat der Bund der Steuerzahler mehrfach hingewiesen. Deshalb ist es auch ein Erfolg für die Steuerzahler, dass die diesjährige Einkommensbelastungsquote mit 50,5 Prozent die niedrigste Quote der vergangenen zehn Jahre ist. Damit sich dieser positive Trend nicht ins Gegenteil kehrt, sind weitere Korrekturen am Lohn- und Einkommensteuertarif notwendig.

Der Bund der Steuerzahler fordert die Politik daher auf, die überfälligen Korrekturen am Lohn- und Einkommensteuertarif endlich umzusetzen. Zu diesen notwendigen Korrekturen zählen die Beseitigung des Mittelstandsbauchs (Knick) und der heimlichen Steuererhöhungen. Um den heimlichen Steuererhöhungen entgegenzuwirken, muss der Lohn- und Einkommensteuertarif auf Räder gestellt werden, also regelmäßig an die Einkommensentwicklung angepasst werden.

BdSt fordert: Tarifkorrekturen müssen zu mehr Gerechtigkeit führen

Die Einkommensbelastungsquote macht die Höhe der jährlichen Steuer- und Abgabenbelastung deutlich. In diesem Jahr zeigt sich, dass die Belastung der Bürger und Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent von 52,5 Prozent auf 50,5 Prozent gesunken ist. Diese Verringerung ist ein positives Signal für die Steuerzahler. Jedem muss aber trotzdem bewusst sein, dass der Staat immer noch mehr als die Hälfte der Einkommen von Bürgern und Unternehmen einbehält - und das ist zu viel!

Die Steuerrechtsänderungen der vergangenen Monate haben zwar zu Entlastungen geführt, trotzdem wurde der Einkommensteuertarif nicht so reformiert, dass grundlegende Probleme beseitigt worden sind. Im Gegenteil: durch die gute konjunkturelle Entwicklung - verbunden mit Lohn- und Einkommenssteigerungen - werden sich die heimlichen Steuererhöhungen zu einem immer größeren Problem in naher Zukunft entwickeln. Mit jeder Gehaltsabrechnung wird die volle Wucht der Steuer- und Abgabenbelastung zu spüren sein. Deshalb muss die Bundesregierung endlich systematische Korrekturen herbeiführen, damit die Mittelschicht spürbar entlastet wird. Der Bund der Steuerzahler fordert die Politik auf, den Einkommensteuertarif gerecht zu reformieren bzw. den Knick im Tarifverlauf zu beseitigen. Zudem muss der Tarif auf Räder gestellt werden, damit er sich der Einkommensentwicklung anpasst. Nur wenn diese Korrekturen durchgeführt werden, kann von Gerechtigkeit gesprochen werden. Die Bundesregierung muss ihre Wahlversprechen nach steuerlichen Entlastungen jetzt einlösen. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch!

Natürlich steht die Bundesregierung auch in der Pflicht, den Bundeshaushalt zu konsolidieren. Das schließt steuerliche Korrekturen aber nicht aus. Es darf nicht vergessen werden, dass in diesem Jahr die gesamten Steuereinnahmen über 500 Mrd. Euro betragen. In vier Jahren werden mit 580 Mrd. Euro die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik erwartet. Damit wird deutlich, dass Deutschland kein Problem bei den Einnahmen hat, sondern bei den Ausgaben! Mit dem Sparpaket macht die Bundesregierung einen ersten und richtigen Schritt, allerdings geht er nicht weit genug. Anstatt mutig zu sparen, plant Schwarz-Gelb, die Haushaltslöcher auch mit neuen Abgaben zu stopfen. Eine Konsolidierung über die Einnahmeseite ist - wie die Vergangenheit bewies - zum Scheitern verurteilt. Vielmehr müssen die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden spürbar begrenzt werden. Die Einsparliste des BdSt allein für den Bundeshaushalt umfasst 27 Mrd. Euro pro Jahr und bietet zahlreiche Anregungen für die Bundesregierung. Die künftige Politik der Bundesregierung muss durch echte Einsparungen im Bundeshaushalt und echte steuerliche Entlastungen für Bürger und Unternehmen geprägt sein. Der Steuerzahlergedenktag muss so liegen, dass Bürger und Unternehmen deutlich mehr als die Hälfte ihrer Einkommen für sich behalten. Das muss zur Regel werden und nicht zur Ausnahme.

Quelle: <http://www.steuerzahler.de>

Grauduszus: „Biotop einer Umfaller-Partei produziert Vertrauensverlust!“

„Bei täglich einigen Millionen Arzt-Patienten-Kontakten werden umgehend bundesweite Protestaktionen organisiert werden!“ Mit dieser Ankündigung reagierte Martin Grauduszus, Präsident der ‚Freien Ärzteschaft‘ (FÄ) auf Hinweise, dass das von der FDP dominierte Bundesgesundheitsministerium die für alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte verpflichtende Online-Stammdatenaktualisierung aller Versicherten und im Nachgang dann damit den ebenso verpflichtenden Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte in den nächsten Tagen endgültig anordnen will.

„Hier wird Glaubwürdigkeitsverlust produziert, wie er wohl nur im Biotop einer als solchen immer wieder apostrophierten „Umfaller-Partei“ entstehen kann“, schreibt Grauduszus in einem Brief an alle FDP-Bundestagsabgeordneten, den FDP-Bundesvorstand und alle FDP-Landesvorsitzenden. Im Bundestagswahlkampf habe die FDP – „der heutige Parlamentarische Staatssekretär Daniel Bahr an vorderster Front“ – eindeutig Position gegen die elektronische Gesundheitskarte und die damit einhergehende Datenschnüffelei im „einzigartigen Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt“ bezogen. Umso mehr sei deshalb die völlige Kehrtwendung derjenigen Partei, „der viele Ärztinnen und Ärzte vertraut haben“, für die Kollegenschaft insgesamt nicht nachvollziehbar.

Vor wenigen Wochen erst habe der 113. Deutsche Ärztetag, das Parlament der deutschen Ärzteschaft, die Bundesregierung aufgefordert, „das verfehlte Projekt der elektronischen Gesundheitskarte endgültig aufzugeben.“ Dass ausgerechnet die FDP, die mit einem Arzt den Bundesgesundheitsminister stelle, diesen Beschluss „in einer nicht nachvollziehbaren Missachtung ignoriert, wird die deutsche Ärzteschaft nicht nur zum Nachdenken bringen – Reaktionen werden unausweichlich sein“, schreibt Grauduszus an die FDP-Funktionsträger.

Anerkennung und Unterstützung signalisiert der FÄ-Präsident in diesem Zusammenhang dem FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Erwin Lotter, Bundesvorsitzender der ‚Vereinigung liberaler Ärzte‘. Dieser hatte in einem Schreiben an Bundesgesundheitsminister Rösler auf „ein schnelles Ende der Pläne für einen Online-Stammdatenabgleich“ gedrungen.

Quelle: <http://www.freie-aerzteschaft.de>

TK: Krankenstand wie vor zehn Jahren, aber 40 Prozent mehr psychische Störungen

Die Pop up-Arbeitswelt raubt den letzten Nerv

Obwohl der Krankenstand mittlerweile mit 3,3 Prozent wieder das Niveau von vor zehn Jahren erreicht hat, haben die psychisch bedingten Krankschreibungen bei Deutschlands Erwerbspersonen im selben Zeitraum um fast 40 Prozent zugenommen. Dies geht aus dem Gesundheitsreport hervor, den die Techniker Krankenkasse (TK) in Berlin vorgestellt hat. Erstmals hat die Krankenkasse dabei nicht nur die Daten zu Krankschreibungen und Arzneiverordnungen des vergangenen Jahres analysiert, sondern die Entwicklungen einer ganzen Dekade betrachtet.

Hauptursachen für Fehlzeiten der Beschäftigten und Arbeitslosen in Deutschland sind danach neben Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems zunehmend psychische Störungen. Von den gut zwölf Tagen, die jeder im letzten Jahr krankgeschrieben war, waren 1,6 Tage psychisch bedingt.

Professor Dr. Norbert Klusen, Vorsitzender des TK-Vorstandes: "Die Arbeitswelt hat sich in diesen zehn Jahren deutlich gewandelt. Immer mehr Beschäftigungsverhältnisse sind befristet, dank moderner Kommunikationsmittel sind wir mittlerweile rund um die Uhr und nahezu überall erreichbar. Das geht an den Menschen nicht spurlos vorbei." Klusen bezeichnete die heutige Arbeitswelt als "Pop up-Gesellschaft", in der der Arbeitsrhythmus immer seltener selbstbestimmt ist. Immer häufiger würden der Computerbildschirm und die darauf erscheinenden Pop up-Fenster über neue Posteingänge, Kurznachrichten und Ähnliches Arbeitsabläufe diktieren.

Beunruhigend ist laut TK auch das enorme Volumen der verordneten Antidepressiva, das sich innerhalb der letzten zehn Jahre bei Frauen nahezu verdoppelt hat. Bei Männern liegt der Zuwachs sogar bei fast 120 Prozent. Auffällig ist zudem, dass arbeitslose Frauen doppelt so viele Antidepressiva erhalten wie berufstätige Frauen. Arbeitslose Männer liegen sogar um 200 Prozent über dem Volumen der Berufstätigen. Dr. Thomas Grobe vom Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung in Hannover (ISEG), der die Daten für die TK ausgewertet hat: "Arbeitslose sind von nahezu allen Diagnosen häufiger betroffen als jede andere Gruppe. Besonders groß ist die Schere jedoch bei den psychischen Störungen."

Die hohen psychisch bedingten Fehlzeiten entstehen aber nicht nur durch eine steigende Anzahl von Krankheitsfällen, sondern in erster Linie durch die sehr lange Krankheitsdauer. Dies zeigen auch die Daten zum Krankengeld, auf das Erwerbspersonen Anspruch haben, die länger als sechs Wochen krankgeschrieben sind. In den ersten Jahren dieser Dekade war der Krankengeldbezug noch rückläufig. 2004 machten die mit Krankengeld verbundenen Fehlzeiten gut 26 Prozent der Gesamtfehlzeit aus und ein durchschnittlicher Krankengeldanspruch dauerte 84 Tage. Seit der Einführung der Hartz-Gesetzgebung ist der Anteil der mit Krankengeld verbundenen Arbeitsunfähigkeiten auf fast 30 Prozent gestiegen und jeder Anspruch dauert im Durchschnitt fast 100 Tage.

"Viel wurde in den letzten Jahren über den Zusammenhang von Konjunktur und Krankenstand diskutiert. Die Zehn-Jahresbetrachtung des TK-Gesundheitsreports zeigt, dass sehr viele verschiedene Ereignisse - Arzneimittelskandale, Gesetzesänderungen und Arbeitsmarktreformen - die Fehlzeiten auf verschiedenste Weise beeinflussen", erklärte Klusen. Die auffälligsten Veränderungen bei den Gesundheitsdaten zeigen sich nach Einführung der Hartz-Gesetze ab 2005. "Das zeigt, dass auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen deutliche Auswirkungen auf das Gesundheitswesen haben. Gesundheitspolitik ist also weit mehr als das Entwickeln von Sparmaßnahmen für die gesetzliche Krankenversicherung", so der TK-Vorstand.

Quelle: <http://www.tk-online.de>

Hypnose – ein Mittel zur Stressbewältigung in der Zahnarztpraxis

Fortbildung in Verbindung mit 30 Jahr-Feier des DAZ

Am 25. September 2010 laden die beiden zahnärztlichen Verbände Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ) e.V. und Initiative Unabhängige Zahnärzte Berlin (IUZB) von 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr zu einer öffentlichen Fortbildungsveranstaltung nach Hohen Neuendorf bei Berlin ein. Auf dem Programm steht ein Vortragsthema, das vielleicht neue Perspektiven und Horizonte eröffnet: „Hypnose – ein Mittel zur Stressbewältigung in der Zahnarztpraxis für Zahnarzt, Team und Patienten“.

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass Medizin und Zahnmedizin sich von einem sehr technizistischen hin zu einem ganzheitlicheren Verständnis vom Menschen bewegen. Deutlich wird das auch durch das zunehmende Interesse an dem Thema Psychosomatik.

Spätestens seit der Zugehörigkeit der Deutschen Gesellschaft für Zahnärztliche Hypnose zur Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) ist die zahnärztliche Hypnose ein anerkanntes Verfahren für die Kommunikation mit dem Patienten in seiner Ganzheit - zur Beruhigung, Analgesie, Regulationsverbesserung u.v.a.m. Der Einsatz von Hypnose kann auch der Stressbewältigung aller an der zahnärztlichen Behandlung Beteiligten dienen. Dass Stress in dieser Situation und in diesem Umfeld ein großes Problem ist, wird jeder dort Tätige wissen und deshalb mit Interesse jeden Bewältigungs-Vorschlag aufnehmen.

Die Referentin, Dr. Ute Stein, ist Trainerin und Supervisorin der Deutschen Gesellschaft für Zahnärztliche Hypnose und der Schweizerischen Ärztesgesellschaft für medizinische Hypnose und hat zahlreiche Fachbeiträge veröffentlicht zu Kinderhypnose in der Zahnmedizin, Psychosomatik und Zahnmedizin, Musik und Trance. Sie ist in Berlin niedergelassen und in der Praxis spezialisiert auf die Behandlung mit Hypnose von Angst- und chronischen Schmerzpatienten, Patienten mit psychischen Störungen, verhaltensauffälligen Kindern, CMD-Patienten.

Bei der Veranstaltung erhalten Zahnärzte 3 Fortbildungspunkte. Im Anschluss finden die Hauptversammlungen von DAZ und IUZB mit gesundheits- und berufspolitischer Diskussion statt. Dass für die Tagung ein Ort jenseits des Stadtrandes von Berlin (16540 Hohen Neuendorf - Hotel Grüner Turm, Oranienburger Str. 58) gewählt wurde, hat mit dem 30jährigen DAZ-Jubiläum zu tun. Der Verband wurde vor inzwischen 30 Jahren - im Herbst 1980 - gegründet und verbindet darum in diesem Jahr seine Herbsttagung mit gemeinsamen Aktivitäten und einer DAZ-Geburtstagsfeier.

Infos und Anmeldung:
Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde
Kaiserstr. 52, 53840 Troisdorf
Tel. 02241/97228-76, Fax 0221/97228-79
Handy 0178/8268362

Quelle: <http://www.daz-web.de/>

„Familie schon lange kein Gedöns mehr“

Ministerin von der Leyen ermahnte Medizinischen Fakultätentag

Anhaltenden Beifall ertete Arbeitsministerin Ursula von der Leyen für ihren ebenso faktischen wie eindringlichen Appell für mehr Familienfreundlichkeit an den Hochschulen im Rahmen der Eröffnung des 71. Ordentlichen Medizinischen Fakultätentages am 3. Juni 2010 in Hannover. Wie der Dentista Club berichtet, legte die Ministerin den Hochschulen und Kliniken das Thema Frauen- und Nachwuchsförderung als Zukunftsaufgabe auf den Tisch. Das Thema sei „schon lange kein Gedöns mehr“, Deutschland und auch seine Hochschulen stünden „im Wettbewerb um die besten Köpfe und damit auch im Wettbewerb um gute Ideen“. Die Medizin habe ein Nachwuchsproblem, ebenso die Forschung. Sie sehe als Arbeitsministerin die steigende Anzahl an Ärztinnen und machte ihr Anliegen deutlich: „Es ist wichtig, die Weichen hier richtig zu stellen!“ Deutschland rutsche in einen Fachkräftemangel, viele Stellen im Gesundheitsbereich könnten nicht besetzt werden. Zwar seien die jungen Frauen und auch die jungen Männer von der Bildung erreicht worden, nun zeige sich aber, dass „wir uns dieser Entwicklung nicht angepasst haben.“ Es sei nach wie vor schwer, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, dabei seien die jungen Menschen ein Riesenpotential, das dem eigenen Land zur Verfügung stehe: „Wir kennen doch die Bruchstellen in den Karrieren ziemlich gut – tun wir etwas dagegen?“ Mit dem Blick auf bessere Förderung des hochschulausgebildeten akademischen Nachwuchses setzte sie ein Gegenmodell zu den Empfehlungen ihrer Vorrednerin, Niedersachsens Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Prof. Dr. Johanna Wanka, die für eine Öffnung der akademischen Ausbildung auch für qualifizierte Heil-Hilfsberufe plädiert hatte.

Bedenklich: Beruf und Familie inkompatibel

Die aktuellen Zahlen stimmten bedenklich: Unter den jungen Medizinstudentinnen seien 60 % weiblich, 86 % von ihnen hätten einen klaren Kinderwunsch – aber 79 % meinten, Kind und Beruf seien nicht vereinbar. Ministerin von der Leyen: „Das ist ein fatales Signal!“ Was wie ein Frauenproblem wirke, sei in Wahrheit ein Thema für Frauen und Männer gleichermaßen. Auch junge Männer wünschten sich mehr Zeit für die Familie – ein Ziel, das mit dem Aufstieg in höhere Qualifikationen immer ambivalenter werde. Es sei wichtig, dass sich auch junge Männer für ihre Familieninteressen einsetzten und zusammen mit den Kolleginnen die Kombination „care & career“ einforderten. Kümmern und Karriere müsse sich verbinden lassen – insbesondere in der Medizin mit ihrer Betonung auf „care“ und der langen Ausbildungszeit in der klassischen Phase der Familiengründung. In der Altersklasse 28 bis 35 Jahre brächen die Frauen weg trotz hochqualifizierter Ausbildung. Während der Anteil der Frauen unter den Promovierenden rund 50 % ausmache, schrumpfe die Frauen-Anzahl bei den Habilitierenden auf 30 %, unter den C4-Professoren schließlich betrage die Menge der Frauen gerade einmal 4 %. Mit einer eindringlichen Denkpause stellt sie die Frage an das aus Hochschulleitern höchstkarätig besetzte Auditorium: „Wo sind diese Frauen alle geblieben?“

Mehr Flexibilität gefordert

Noch heute sei das Unterbrechen einer Karriere zugleich das Ende einer Karriere – die Hochschulen und Kliniken müssten wegkommen vom Denken in Blockmodellen und Karriere in Phasen ermöglichen. Dies erfordere kluge Leitungsentscheidungen, beschrieb sie anhand ihrer eigenen Erfahrungen vor rund 25 Jahren als Assistenzärztin an der MHH. Das Signal, das heute an junge Ärztinnen und Ärzte gesendet werden müsse, laute: „Sie sind uns willkommen mit ihrem Fachwissen – und mit Ihren Kindern!“ An das Auditorium gerichtet, sagte die Ministerin: „Machen Sie die Türen auf! Schauen Sie nicht, was NICHT geht mit Kindern, sondern was MIT Kindern geht.“ Es gelte, junge gebildete Menschen mit Schaffenskraft zum Hierbleiben zu motivieren: Wenn 67 % aller Nachwuchswissenschaftler, die sich eine Tätigkeit im Ausland vorstellen könnten, dies mit „dort besser zu vereinbarenden Möglichkeiten von Beruf und Familie“ begründeten, sei dieses ein deutliches Warnsignal. Deutschland, auch die Medizinischen Hochschulen, brauchten Lösungen für den Spitzennachwuchs – insbesondere mehr Flexibilität auf den verschiedensten Ebenen. An einigen Universitäten ließe sich bereits ablesen, mit wie wenig Aufwand eine Hochschule elternfreundlicher werden könne, so mit speziellen Prüfungsterminen, Kontaktbörsen, kinderwagenfreundlichen Gebäuden und mehr E-Learning. Auch die Rückkehr von Ärztinnen und Ärzten nach der Familienphase müsse optimiert werden. „Mein Appell

an Sie: Schaffen Sie Freiräume, auch im Kopf, für eine familiengerechte Medizinerlaufbahn!“ Kinder seien „ein Grund zur Freude – nicht zum Karrierebruch“, und Eltern seien keine Bittsteller. „Werden Sie Trendsetter und ergreifen Sie die Chance“, forderte sie von den Konferenzteilnehmern. Eltern zeigten hohe Verantwortungsbereitschaft, Schaffenskraft und ein langfristiges Bindungsverhalten – wenn dies in Ausbildung und Beruf mehr berücksichtigt würde, so Ministerin von der Leyen, „dann ist mir für dieses Land nicht bange.“

Sie habe vor Leitpersonen gesprochen, sagte Prof. Dr. Dieter Bitter-Suermann, Präsident des Medizinischen Fakultätentages nach dem anhaltenden Applaus. Sicher sei nicht in zwei Jahren mit einem Babyboom an den Hochschulen zu rechnen: „Aber wir müssen einen Weg finden.“

Quelle: Birgit Dohlus, dental relations

2. Weimarer Forum: Frauen fördern und fordern

Weimar, die historische Stadt der großen Denker und Dichter setzt auch noch 2010 große Impulse: Vom 17. bis 19. September 2010 öffnen sich im „Congress Centrum Neue Weimarahalle“ wieder die Türen für das zweite Weimarer Forum. Die bundesweite Informations- und Kommunikationsplattform unter der Schirmherrschaft des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) startete vor einem Jahr mit einer guten Resonanz. „Erste Knoten im Frauen-Netzwerk sind geknüpft. Wir bauen darauf auf und setzen diese Tradition mit viel Herzblut fort“, erklärt Dr. Kerstin Blaschke, stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende und Initiatorin des Weimarer Forums. Das KompetenzNetzwerk ZoRA bringt von der Studentin bis zur etablierten Zahnärztin Kolleginnen mit unterschiedlichem Erfahrungs- und Wissensstand zusammen – so können alle voneinander profitieren und sich gegenseitig unterstützen.

Als Input stehen viele neue Themen auf der Tagesordnung: Finanzierungs- und Steuertipps für Existenzgründer und niedergelassene Zahnärztinnen, praktische Übungen für die Implantologie oder Paradontalbehandlung sowie Anregungen für frauenspezifische Arbeitszeitmodelle. Auch über Körpersprache und Rhetorik können die Gäste des Weimarer Forums etwas lernen.

Eröffnet wird das Forum von bekannten Größen aus dem Gesundheitswesen und der Politik – es sprechen die Thüringer Finanzministerin MdL Marion Walsmann, der Präsident der Thüringer Zahnärztekammer, Dr. Andreas Wagner, die Vorsitzende des Frauenausschusses der Bundeszahnärztekammer, Dr. Brita Petersen, sowie der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Karl-Heinz Sundmacher.

Ein besonderes Highlight ist die ZoRA-Night – das abendliche Familienprogramm. In diesem Jahr dreht sich alles um „Goethe und die Frauen“. Wer Interesse an diesem bereichernden Programm hat, kann sich in der Bundesgeschäftsstelle des FVDZ bei Birgit Kunze anmelden (Tel. 0228 – 855736, Fax: 0228-8551136, mailto: bk@fvdz.de). Mehr Infos über das Weimarer Forum finden Sie zudem auf der Internetseite <http://www.zora-netzwerk.de>.

Quelle: <http://www.zora-netzwerk.de>

Elf Tipps zur Arztwahl

Worauf Patienten bei der Wahl ihres Zahnarztes besonders achten

Die MediKompass GmbH hat in einer Patientenbefragung nach den bedeutendsten Kriterien bei der Arztwahl gefragt. Im Folgenden werden die elf wichtigsten Merkmale gelistet, nach denen ein Patient seinen Zahnarzt auswählt.

4. **Flexible Öffnungszeiten** – Die Zahnarztpraxis stellt sich auf die Bedürfnisse Ihres Patienten ein. Für Berufstätige sind Termine vor allem in den frühen Morgenstunden oder am Abend sehr vorteilhaft. Auch ein Angebot an Samstagen zeugt von hoher Patientenorientierung.
5. **Kurze Wartezeit** – Eine professionelle Terminplanung der Praxis ermöglicht, dass der Patient durchschnittlich nicht länger als zehn Minuten warten muss. Selbstverständlich können unvorhersehbare Notfälle oder Komplikationen die Wartezeit verlängern. Hierfür ist das Wartezimmer mit Getränken und genügend Lese- oder Informationsmaterial ausgestattet.
6. **Aufklärende Beratung** – Während der Beratung wird dem Patienten auf eine verständliche Art die Diagnose und die geplante Therapie erklärt, gleichzeitig aber auch die Alternativmöglichkeiten aufgezeigt. Der Zahnarzt sollte sich hierfür genug Zeit nehmen und dem Patienten auch das Einholen einer Zweitmeinung zugestehen.
7. **Angemessene Kosten** – Vor Beginn der Behandlung müssen sämtliche Kosten inklusive der eigenen Zuzahlung in einem Heil- und Kostenplan oder Kostenvoranschlag dargestellt werden. Dem Patienten werden die Kosten verständlich und transparent dargelegt, sodass er die Qualität und Arbeitsleistung nachvollziehen und gegebenenfalls mit einem anderen Angebot vergleichen kann.
8. **Langfristige Vorsorge** – Der Erhalt der Zähne hat für den Zahnarzt höchste Priorität, damit dem Patienten langwierige Zahnbehandlungen erspart bleiben. Dafür ist eine gründliche Vorsorge notwendig. Das Angebot von Prophylaxeleistungen (z.B. Professionelle Zahnreinigung), aber auch die Aufklärung über eine optimale Zahnpflege sind wichtige Bestandteile für langfristig gesunde Zähne.
9. **Optimale Behandlungseinheiten** – Die Zahnbehandlung wird nicht unnötig in die Länge gezogen und in wenigen Sitzungen, abhängig von der Therapie, abgeschlossen sein. Es gilt das für den Patienten optimale Verhältnis zwischen Therapieausprägung und -dauer zu finden.
10. **Hygiene** – Die Zahnarztpraxis gewährleistet absolute Sauberkeit und Hygiene. Das Tragen von Mund- und Nasenschutz, sowie von Handschuhen ist für den behandelnden Arzt und für alle am Patient tätigen Assistenten Pflicht.
11. **Lange Haltbarkeit** – Im Rahmen der Aufklärung wird der Patient über die Haltbarkeit seiner Behandlungsmaßnahmen oder des Zahnersatzes aufgeklärt. Zudem gibt der Zahnarzt Ratschläge, damit die Zahnarbeiten lange und komplikationslos halten.
12. **Gewährleistungspflicht** – Der Zahnarzt unterliegt einer zweijährigen Gewährleistungspflicht. Der Patient wird frühzeitig über die beinhaltenen Leistungen aufgeklärt und vor allem über gegebene Sonderleistungen des Arztes – zum Beispiel kommt es vor, dass ein Zahnarzt anstatt der zwei Jahre eine fünfjährige Nachbehandlungspflicht gewährt.
13. **Erfahrung und Hightech** – Eine zeitgemäße Praxisausstattung für die moderne Zahnheilkunde ist unverzichtbar. Dennoch garantieren Hightech-Geräte und teure Praxiseinrichtungen nicht für eine gute und patientenfreundliche Behandlung. Von besonderer Bedeutung ist für den Patienten viel mehr das ausgewogene Verhältnis von Erfahrung, Sorgfalt und Honorar des Zahnarztes.
14. **Ausführliche Bewertungen** – Ein Patient legt großen Wert auf die Erfahrungsberichte von anderen Patienten. Nach erfolgter Zahnbehandlung kann der Patient mithilfe eines Bewertungssystems den Zahnarzt nach verschiedenen, auch den hier gelisteten Kriterien, bewerten. Diese Vorabinformation ermöglicht anderen interessierten Patienten eine gewisse Transparenz und Sicherheit.

Quelle: <http://www.medikompass.de>

Dentinhypersensibilität ist Thema auf Roadshow

GABA-Fortbildungsreihe ab 21. Juli mit innovativer Technologie

„Dentinhypersensibilität – Schmerzlinderung während der Behandlung durch eine neuartige Technologie“ lautet der Titel der neuesten Fortbildungsreihe für Zahnärzte und Praxisteams, durchgeführt von GABA, Spezialist für orale Prävention. In neun deutschen Großstädten können sich die Teilnehmer über die Indikation Dentinhypersensibilität informieren, von der bis zu 30 Prozent aller Patienten betroffen sind. Erwähnung findet unter anderem auch die innovative, erst seit kurzem erhältliche Pro-Argin Technologie. Als wissenschaftliche Leiter der Fortbildungsveranstaltung fungieren Koryphäen der Zahnmedizin. Unter anderem konnten die Präsidenten der DGZMK und DGZ, Prof. Thomas Hoffmann und Prof. Dr. Werner Geurtsen, für diese Aufgabe gewonnen werden. Termine:

- Mittwoch, 21.07.2010 (Freiburg),
- Freitag, 10.09.2010 (Hamburg),
- Mittwoch, 22.09.2010 (Dresden),
- Mittwoch, 29.09.2010 (Stuttgart),
- Mittwoch, 06.10.2010 (Hannover),
- Freitag, 29.10.2010 (Berlin),
- Freitag, 19.11.2010 (Frankfurt/M.),
- Mittwoch, 24.11.2010 (Köln),
- Freitag, 03.12.2010 (München).

Beginn ist jeweils um 17:00 Uhr, Ende um 20:00 Uhr. Die Teilnahme an der Veranstaltung wird mit drei Fortbildungspunkten bewertet. Weitere Informationen und Anmeldung: <http://www.gaba-dent.de/Arginin>

Quelle: <http://www.gaba-dent.de>

„Praxis Implantologie“

Der Spezialdienst für Zahnarztpraxen zu den Bereichen Abrechnung, Recht, Praxisführung und Zahnmedizin

Die Implantologie ist der Wachstumsmarkt in der Zahnmedizin. Aber es gibt auch Risiken und ungelöste Probleme: Lohnen sich die Investitionen? Welche Implantatsysteme sind gut? Wie überzeuge ich meine Patienten und wie kläre ich sie auf? Wie schließe ich rechtssichere Vereinbarungen ab? Wie bekomme ich die Leistungen gut honoriert? Wie gehe ich mit Kostenerstattungsproblemen um?

Sichere Antworten auf diese und viele weitere Fragen bietet jetzt der neue Spezialdienst „Praxis Implantologie“, der seit Juni 2010 im IWW-Institut erscheint. Auf den Punkt gebracht – das ist das Leitbild der Berichterstattung. Die Leser müssen sich die wirklich relevanten Informationen nicht mühsam zusammensuchen. Jede Ausgabe enthält neben geldwerten Tipps Musterverträge, Checklisten und Handlungsanleitungen. Die Erstausgabe enthält u. a. folgende Themen:

- Wirtschaftliche Patientenaufklärung vor der Implantatbehandlung
- Die Abrechnung einer Suprakonstruktion im Unterkiefer
- Die rechtssichere Abrechnung einer Sinusbodenelevation (mit vielen Stellungnahmen von Zahnärztekammern und Gerichten)
- Checkliste zur Vorbereitung des implantat-chirurgischen Eingriffs

Bibliografische Angaben
Titel: Praxis Implantologie

ISSN: 2190-3379

Erscheinungsweise: monatlich, Umfang: 20 Seiten

Abonnement: 75,00 Euro pro Halbjahr (inkl. USt und Versand)

Quelle: <http://www.iww.de/>

ZMK-aktuell.de – Fachzeitschrift goes online

Seit Anfang Oktober gibt es die bekannte Zeitschrift „ZMK – Zahnheilkunde, Management, Kultur“ des Spitta Verlages auch online: Unter www.zmk-aktuell.de finden die User in der aus der Printausgabe vertrauten Struktur Fachartikel über den aktuellen Stand der Zahnmedizin, Erfahrungsberichte, ein umfassendes Dentalfirmenverzeichnis, Informationen über dentale Neuprodukte bzw. Produktweiterentwicklungen und ein interaktives Fortbildungsangebot um online CME-Punkte zu sammeln.

Dank des Internets ist es heute möglich, schnell an (fast) alle wichtigen Fachinformationen zu kommen, ohne in der nächsten Bibliothek stundenlang Bücher wälzen zu müssen. Doch wie oft gibt man einen Fachbegriff in namhafte Suchmaschinen ein und die Ergebnisse führen doch nicht zu einem seriösen und gehaltvollen Artikel?

Damit ist jetzt Schluss: Gibt man beispielsweise „mikroinvasives Icon“ ein, verweist Google auf einen Fachartikel auf <http://www.zmk-aktuell.de>. Dieses neue Portal lehnt sich strukturell wie inhaltlich an die ZMK an, die laut LA-Dent 2009 verbandsunabhängig das reichweitenstärkste Monatsmagazin ist. Der bewährte Mix aus praxisnahen, wissenschaftlichen Artikeln über den aktuellen Stand der Zahnmedizin, Beiträge zur Praxisführung und -organisation, Abrechnungs-, Rechts- und Steuertipps, fachspezifische Erfahrungs- bzw. Anwenderberichte sowie Kultur- und Freizeitbeiträge stehen allen Usern online kostenlos zur Verfügung. Dank der logischen Struktur und einem ansprechenden, lesefreundlichen Design finden sich auch die Besucher der Seite zurecht, die die Printausgabe noch nicht kennen.

Da das Internet gegenüber der Printwelt technische Vorteile bietet, beinhaltet www.zmk-aktuell.de entsprechend mehr: So werden immer mehr Artikel um downloadbare Checklisten und Formulare sowie kurze Filme erweitert. Verlinkungen zu themenverwandten Beiträgen helfen, sich intensiv in ein Thema einzuarbeiten. Einen hohen Stellenwert nimmt auch die interaktive Fortbildung ein, mit der Zahnärzte bequem rund um die Uhr CME-Punkte sammeln können. Natürlich erhält jeder Teilnehmer nach erfolgreicher Lernerfolgskontrolle ein Teilnahmezertifikat zum Herunterladen.

Das umfassende Dentalfirmenverzeichnis liefert Informationen über zahlreiche Dentalfirmen, deren Neuprodukte bzw. Produktweiterentwicklungen, übersichtlich sortiert nach den verschiedenen Fachrichtungen. Ein 14tägig erscheinender E-Mail-Newsletter und der täglich mehrfach aktualisierte Dentalticker mit seinen aktuellen Meldungen aus Zahnmedizin und Gesundheitswesen halten die Besucher des Portals stets auf dem Laufenden.

Die ZMK in der Print-Version und www.zmk-aktuell.de als interaktives Medium ergänzen sich in idealer Form, um fundiertes und umfangreiches zahnmedizinisches Wissen sowie Nachrichten aus der Zahnmedizin und Dentalindustrie bieten zu können.

Quelle: <http://www.zmk-aktuell.de>

Ästhetik und Technik mit neuen Werkstoffen

Zukunftsorientierte Technik mit höchstem ästhetischen Anspruch: In diesem Bildband beschreiben die Autoren ausführlich ihre Arbeitsweise. Zahlreiche Bilder dokumentieren die Patientenfälle, die sie mit neuen Techniken ästhetisch lösen konnten.

Ihre Arbeiten sind die Ergebnisse jahrzehntelanger Berufstätigkeit und einer beständigen Weiterbildung, dank derer die Autoren eine ausgewogene Verbindung zwischen theoretischen Konzepten und praktischen Anwendungen herstellen konnten. Einige Beiträge beziehen sich auf die PaSma-Systematik, die sich bei der Implantologie mit Prothesenführung als nützlich erweist, oder das Aktivmodell, das die Überprüfung der mittels Stereolitografie erfassten Daten im Artikulator ermöglicht, um nur zwei Themen zu nennen. Opulent bebildert bietet „Ästhetik und Technik mit neuen Werkstoffen“ wertvolle Informationen und einen Wegweiser zur Orientierung bei der Auswahl von Werkstoffen und Techniken, die immer häufiger ein Schlüsselement für den langfristigen Erfolg der Restaurationen darstellen.

Inhalt:

- Patientenmanagement
- Die Kommunikation im Team
- Klinische Indikationen
- Herkömmliche Keramikwerkstoffe
- Bioinerte Keramikwerkstoffe neuer Generation
- Ziel: Natürlichkeit
- Hinweise zur Verarbeitung von Zirconiagerüsten
- Die spezifischen Keramiken
- Klinische Fälle – Erfolge und Misserfolge
- Gerüstdesign
- Passgenauigkeit und Zementierung

„Ästhetik und Technik mit neuen Werkstoffen“,
Paolo Smaniotto / Dr. Alexander Beikircher, gebunden,
216 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen,
ISBN 978-3-937346-65-6, 129,90 Euro
Verlag Neuer Merkur GmbH

Quelle: <http://www.fachbuch-direkt.de>

Über 2500 erfolgreiche Absolventen

DGI Curriculum qualifiziert die implantologische Basis

Vor rund 12 Jahren gestartet, hat das DGI-Curriculum Implantologie mittlerweile weit über 2500 erfolgreiche Absolventen in nunmehr 128 abgeschlossenen Kursserien hervorgebracht. Aktuell laufen acht Kursserien parallel mit insgesamt 200 Teilnehmern. „Das macht deutlich, dass die DGI als größte implantologische Fachgesellschaft einen enormen Anteil an der Qualifizierung von Kolleginnen und Kollegen auf dem Gebiet der Implantologie leistet“, sagt DGI-Fortbildungsreferent Prof. Dr. Murat Yildirim, Düren. „Auch für uns als Anbieter und Dozenten ist dies eine von Kurs zu Kurs sich ständig neu stellende Herausforderung,“ ergänzt DGI-Vizepräsident Dr. Gerhard Iglhaut/Memmingen, „denn wer sich ein wenig in dem Gebiet der Implantologie und in seiner Positionierung im Fachgebiet Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde auskennt, weiß, dass sich hier kontinuierlich neue Entwicklungen ergeben, in vielerlei Hinsicht.“ Innovationen in der Chirurgie beeinflussen die Implantologie ebenso wie neue Erkenntnisse in der Werkstoffkunde oder allgemeinmedizinische Zusammenhänge. Dem trägt die DGI in der Weiterentwicklung ihrer Fortbildungsangebote Rechnung: „Wir können gottseidank auf ‚die Besten‘ im Fach als Dozenten zurückgreifen und mit diesen frühzeitig diskutieren, welche Innovationen bereits soweit abgesichert sind, dass wir sie in die Ausbildung integrieren können“, so Yildirim.

Verändert hat sich seit Start dieses erfolgreichsten Implantologie-Curriculums viel: Zu Beginn besuchten vor allem erfahrene Zahnärzte das strukturierte neue Fortbildungsangebot, das zeigte sich auch an den Diskussionen mit den Dozenten auf fortgeschrittenem fachlichen Level. Mittlerweile wird das Curriculum vor allem von jungen Zahnärztinnen und Zahnärzten gebucht, für die diese Fortbildung ein essentieller Startkurs zur Vorbereitung auf die Berufsausübung darstellt. Dr. Iglhaut: „Dabei wird auch deutlich, dass keineswegs alle Curriculumsteilnehmer später auch schwerpunktmäßig implantologisch tätig werden wollen. Wir erleben es immer öfter, dass Kursteilnehmer vor allem fundierte Kenntnisse über das Fach haben wollen, um die Patienten sachgerecht aufklären und beraten zu können. Ob sie dann selbst implantieren oder überweisen, halten sich die jungen Kolleginnen und Kollegen oft noch offen.“

Gestiegen ist auch der Anteil der Zahnärztinnen, die das DGI-Curriculum Implantologie absolvieren. Ihr Anteil an den Kursteilnehmern lag in den Anfangsjahren bei rund 15 Prozent. „Heute sehen wir in manchen Kursen bereits ebenso viele Zahnärztinnen wie Zahnärzte“, beschreibt Dr. Iglhaut. Befürchtungen, die Kolleginnen würden sich weniger für invasive Verfahren wie die Implantologie interessieren, kann Fortbildungsreferent und Dozent Prof. Yildirim nicht bestätigen: „Wir erleben die Kolleginnen als enorm engagiert und qualifiziert, auch in der invasiven Chirurgie. Viele bringen ihre implantologische Expertise in bestehende Praxisteams ein oder bauen ihre neue Praxis mit Kolleginnen und Kollegen auf, die sich auf andere Gebiete spezialisiert haben. Die steigende Anzahl der Zahnärztinnen ist, zumindest erlebt die DGI dies so, für die Implantologie keineswegs eine bedenkliche Entwicklung. Wir sehen auch keine zwingende Notwendigkeit gelegentlich diskutierter spezieller Kurse – die Fortbildung im Curriculum läuft auf Augenhöhe, die Kolleginnen und Kollegen stehen sich in nichts nach.“

Mit der enorm hohen Anzahl an implantologisch hochqualifiziert ausgebildeten Zahnärztinnen und Zahnärzten trägt die DGI auch zu einer Qualitätssicherung im Fach bei: „Der Reiz der Implantologie liegt in modernen Möglichkeiten, Patienten nach Zahnverlust funktional so zu versorgen, dass diese sich fast wie mit natürlichen Zähnen fühlen. Umfragen belegen, dass Patienten implantologische Angebote ausdrücklich erwarten – und sei es ‚nur‘ eine kompetente Beratung und gegebenenfalls Überweisung an fundiert ausgebildete Zahnärzte. Iglhaut: „Was wir eher fürchten, sind unerfahrene Implantologen, die dem Reiz des Faches erliegen ohne einschätzen zu können, wo ihre eigenen Grenzen beginnen. Deshalb sind wir stolz, dass unser Curriculum so gut auch bei der nachfolgenden Generation ankommt, für die eine curriculäre Fortbildung fast schon selbstverständlich ist. Das erhöht die Chance, dass den Patientinnen und Patienten genügend erfahrene Zahnärztinnen und Zahnärzte gegenüberstehen, die sich ausführlich mit Chancen und Grenzen in der modernen Implantologie und der notwendigen interdisziplinären Planung befassen.“

Quelle: <http://www.dgi-ev.de>

Was Hans nicht weiß, kann Hänschen nicht lernen

Studie belegt Wissensdefizite der Eltern zu Kariesprophylaxe

Wenn Eltern nicht wissen, wie sie die Zähne ihrer Kinder vor Karies schützen, lässt das erste Loch im Milchzahn nicht lange auf sich warten. Diese Erkenntnis liefert eine Studie mit 165 Eltern und deren sechs- bis siebenjährigen Kindern im Landkreis Leer. Die Zahnärztin Dr. Julia Winter und der Diplompsychologe Dr. Thomas Schneller von der Medizinischen Hochschule Hannover prüften mit Hilfe eines selbst entwickelten Fragebogens, ob Eltern die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Fluorideinwirkung und Zahnpflege auf die Kariesentstehung beziehungsweise -vorbeugung kennen. Das Ergebnis: Es gibt deutliche Wissensdefizite. Zwar kannten 80 Prozent aller befragten Eltern fluoridhaltige Zahncreme, sie wurde jedoch von weniger als zwei Dritteln der Kinder auch angewendet. Nur etwa 50 Prozent verwendeten fluoridhaltiges Speisesalz und bei etwa einem Viertel der Kinder wurde laut Angabe ihrer Eltern beim Zahnarzt Fluoridlack appliziert. Besonders alarmierend war die Tatsache, dass weniger als die Hälfte aller kariösen Milchzähne mit einer intakten Füllung versehen war. Jedes achte Kind hatte bereits Zahnschäden beziehungsweise Füllungen an den bleibenden Zähnen.

Die Autoren der Studie stellten darüber hinaus einen Zusammenhang des Mundgesundheitsverhaltens mit der sozialen Schichtzugehörigkeit fest. Je niedriger der soziale Status der Eltern, desto weniger Beachtung wird der Mundhygiene geschenkt und desto seltener sind auch die Zahnarztbesuche. So beginnen Kinder aus Migrantenfamilien deutlich später mit der Zahnpflege und putzen sich ihre Zähne weniger häufig als die Kinder anderer Sozialschichten. Fluoride werden in dieser Gruppe überhaupt nicht verwendet. "Hier tut Aufklärung dringend Not", fordert Prof. Dr. Stefan Zimmer, Sprecher der Informationsstelle für Kariesprophylaxe und Lehrstuhlinhaber an der Universität Witten/Herdecke. „Denn Kariesprophylaxe ist keine Kostenfrage. So ist zum Beispiel der Einsatz von fluoridiertem Speisesalz im Haushalt sehr einfach und zudem preiswert. Das Salz erhöht die Fluoridkonzentration im Speichel, weil es vor dem Verschlucken direkt auf die Zahnoberfläche einwirkt. Diese Wirkung kann bis zu einer halben Stunde anhalten und damit die tägliche Zahnpflege mit fluoridhaltiger Zahnpasta optimal ergänzen“, erläutert der zahnmedizinische Experte. Auch Winter und Schneller fordern die gezielte Aufklärung der Eltern über den Entwicklungsstand des Kindergebisses und die notwendigen Maßnahmen zur Kariesvorbeugung. Nur so können sie ihre Kinder optimal unterstützen und zur Mundhygiene motivieren.

Die Informationsstelle für Kariesprophylaxe möchte auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Kariesprävention beitragen und dabei die breitere Verwendung von Fluoriden, insbesondere von fluoridiertem Speisesalz, fördern. Weitere Informationen und kostenlose Broschüren erhalten Fachkräfte und Verbraucher im Internet unter <http://www.kariesvorbeugung.de>.

Quelle: J. Winter, T. Schneller: Wissensstand der Eltern über die Möglichkeiten der Kariesprophylaxe, Oralprophylaxe & Kinderzahnheilkunde 32 (2010)

Aktuelle Studie aus den USA zeigt Abhängigkeit des Frühgeburtsrisikos von PA-Behandlungserfolg

Eine im März 2010 auf der Jahrestagung der International Association for Dental Research in Washington, D.C. vorgestellte prospektive Studie*) der Arbeitsgruppe um Marjorie Jeffcoat, Universität von Pennsylvania, hat erstmals das Frühgeburtenrisiko von Schwangeren mit Parodontitis verknüpft mit dem jeweiligen PA-Behandlungserfolg.

PD Dr. Dr. Christiane Gleissner, Universität Mainz, berichtete auf Anfrage des Dentista Club, zu dessen wissenschaftlichen Beirat sie gehört, über eindrucksvolle Ergebnisse dieser Studie, die einen Zusammenhang von Frühgeburtsrisiko und dem Erfolg einer PA-Therapie nahe legen. Insgesamt wurden 872 Frauen untersucht, bei 160 Frauen wurde eine Parodontalerkrankung diagnostiziert und mit Scaling sowie Wurzelglättung behandelt. Nach der PAR-Behandlung wurde bei einer erneuten parodontalen Untersuchung das Behandlungsergebnis als „erfolgreich“ oder „nicht erfolgreich“ klassifiziert. Dr. Dr. Gleissner: „Bei den parodontalgesunden Frauen kam es in 7,2 % der Fälle zu einer Geburt vor der 35. Schwangerschaftswoche, dagegen in 23,4 % bei Frauen mit Parodontalerkrankungen.“ Überraschend deutlich waren die Ergebnisse, wenn nach dem Therapieerfolg differenziert wurde, Dr. Dr. Gleissner: „Bei den Frauen mit erfolgreich behandelter Parodontitis entbanden 45 termingerecht; in 4 Fällen kam es zu einer Frühgeburt. Bei den 111 der insgesamt 160 Frauen, die auf die PAR-Therapie schlecht oder nicht ansprachen, endeten 69 Schwangerschaften mit einer Frühgeburt, nur 42 dieser Schwangeren entbanden termingerecht. Wenngleich die Details dieser Untersuchung noch nicht publiziert sind, zeigen diese Daten doch, dass eine frühzeitige umfassende parodontale Betreuung in der Schwangerschaft das Risiko einer Frühgeburt deutlich senken kann.“

Orale Mikroorganismen in der Gebärmutter

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Studie eines Wissenschaftlerteams aus Ohio**): Entgegen der gängigen Auffassung, intrauterine Infektionen, die zu Frühgeburten führen (können), seien die Folge aufsteigender Infektionen des unteren Genitaltraktes, entdeckte man hier mit verfeinerten Meßmethoden üblicherweise orale Bakterienarten bei intrauterinen Infektionen. Dr. Dr. Gleissner: „Die Autoren gingen nun, im Tierversuch, der Hypothese nach, dass intrauterine Infektionen auch durch die hämatogene Translokation oraler Mikroorganismen von der Mundhöhle zur Gebärmutter verursacht werden können. Dazu wurde trächtigen Mäusen eine geringe Menge Speichel oder mit subgingivaler Plaque von Parodontitispatienten versetzte Kochsalzlösung in eine Schwanzvene injiziert. 24 Stunden nach der Injektion wurde die Plazenta entnommen und untersucht. Dabei wurden in den Plazenten der mit Speichelbakterien infizierten Mäuse vor allem Mischinfektionen durch *Neisseria* spp., *Streptococcus* spp., und *Veillonella* spp. nachgewiesen. Ähnliche Ergebnisse fanden sich bei den Plazenten der mit subgingivalen Bakterien infizierten Mäuse: hier wurden vor allem Mischinfektionen durch *Neisseria* spp., *Aggregatibacter segnis* und *Streptococcus* spp. nachgewiesen.“ Alle in den Plazenten nachweisbaren Mikroorganismen konnten auch im infektiösen Agens nachgewiesen werden. Dr. Dr. Gleissner: „Desweiteren zeigte der Vergleich mit dem Infektionsmaterial eine Anreicherung bestimmter Bakterienarten in der Plazenta, z.B. für *A. segnis* oder *Peptostreptococcus stomatis*, die im Ausgangsmaterial nur in sehr geringer Zahl, in der Plazenta aber in hoher Zahl gefunden wurden. Die Forscher werten dies als Beleg dafür, dass die Mundhöhle eine wesentliche Quelle intrauteriner Infektionen darstellt, der in der bisherigen Ursachenforschung nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Außerdem fordern sie die konsequente Reduzierung bakterieller Beläge in der Mundhöhle, um die Möglichkeit einer hämatogenen Plazentainfektion durch orale Mikroorganismen zu minimieren.“

*) Quelle: Jeffcoat, M., Parry, S., Sammel, M., Macones, G. (2010) Risk of preterm birth is reduced with successful periodontal treatment. AADR Annual Meeting, Washington, DC, March 3-6, 2010, Abstr. # 690, unter <http://iadr.confex.com/iadr/2010dc/webprogram/Paper127734.html>

**) Quelle: Fardini, Y., Chung, P., Dumm, R., Joshi, N., Han Y.W. (2010) Transmission of diverse oral bacteria to murine placenta: evidence for the oral microbiome as a potential source of intrauterine infection. *Infection and Immunity*, Apr. 2010: 1789 - 1796.

Erweiterter Anspruch auf Zahnersatz für GKV-Versicherte

Gesetzlich krankenversicherte Patientinnen und Patienten haben künftig einen erweiterten Anspruch auf festsitzenden Zahnersatz zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen. Einen entsprechenden Beschluss hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) gefasst. Der Entscheidung zufolge ist der Anspruch von Patientinnen und Patienten beispielsweise bei der Versorgung mit Brücken oder prothetischen Kronen zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) künftig nicht mehr davon abhängig, ob der Gegenkiefer mit einem festsitzenden oder herausnehmbaren Zahnersatz versorgt ist. Damit können künftig mehr Versicherte von einer Versorgung mit festsitzendem Zahnersatz profitieren.

Die bisherige Regelung sah vor, dass festsitzender Zahnersatz grundsätzlich nur dann als GKV-Leistung in Frage kommen konnte, wenn im Gegenkiefer entweder noch eigene Zähne oder aber ebenfalls festsitzender Zahnersatz vorhanden waren.

Der G-BA trifft seinen Beschluss auf der Grundlage eines Abschlussberichts des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG). Dem Bericht zufolge ist es wissenschaftlich nicht belegbar, die Versorgung mit festsitzendem Zahnersatz an die Bedingung zu knüpfen, dass der Gegenkiefer natürliche Zähne aufweist oder mit festsitzendem Zahnersatz versorgt ist. Der G-BA hatte dem IQWiG den Auftrag erteilt, die Relevanz der Beschaffenheit der so genannten Gegenbezahnung bei der Versorgung mit festsitzendem Zahnersatz zu untersuchen.

Der Beschluss des G-BA wird dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zur Prüfung vorgelegt und tritt nach erfolgter Nichtbeanstandung nach der Bekanntmachung im Bundesanzeiger in Kraft. Der Beschlusstext sowie eine entsprechende Erläuterung werden in Kürze im Internet auf folgender Seite veröffentlicht.

Quelle: <http://www.g-ba.de/informationen/beschluesse/zum-unterausschuss/9/>

Bürokratieabbau beim BAföG

Studierende, Eltern und Studentenwerke einig

- Gleiche Vorschläge: Einfachere Formulare, Anträge online einreichen, schnellere Bescheide, schnellere Auszahlung
- Normenkontrollrat der Bundesregierung hat Bürokratie beim BAföG unter die Lupe genommen
- Abschlussbericht des Projekts „Einfacher zum Studierenden-BAföG“ heute vorgestellt
- Deutsches Studentenwerk erfreut: Vorschläge des Normenkontrollrats werden in aktueller BAföG-Novellierung berücksichtigt

Einfachere, verständlichere Formulare, ein Antragsverfahren übers Internet, schnellere Bescheide vom BAföG-Amt, raschere Auszahlung des Geldes: Studierende, ihre Eltern und die Ämter für Ausbildungsförderung bei den Studentenwerken sind sich einig, wie beim BAföG Bürokratie abgebaut werden muss. Diesen Schluss zieht das Deutsche Studentenwerk (DSW) aus dem Bürokratieabbau-Projekt „Einfacher zum Studierenden-BAföG“, das der Normenkontrollrat der Bundesregierung in den vergangenen Monaten durchgeführt hat. Neben dem Bund waren acht Bundesländer und 14 Studentenwerke beteiligt. Heute wird in Berlin der Abschlussbericht des Projekts vorgestellt.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist ein Bundesgesetz, vollzogen wird es aber von den Ländern, die es auch zu 35% finanzieren. Die BAföG-Formulare sind durch eine Bundesverwaltungsverfahrensvorschrift vorgegeben. DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde erklärt: „Dass die Studierenden, ihre Eltern und die Studentenwerke gleichlautende Verbesserungsvorschläge machen, zeigt für mich, wie gleich die Interessenlage und wie groß der Grad der Übereinstimmung ist. Die Arbeit der Ämter für Ausbil-

dungsförderung der Studentenwerke wird damit bestätigt; sie stehen an der Seite der Studierenden und ihrer Eltern.“

Einige der Vorschläge, die der Normenkontrollrat in seinem Bericht festhält, habe der Bund bei der aktuellen Novellierung des BAföG bereits aufgenommen, so Meyer auf der Heyde. „Das freut uns sehr.“ So sollen die Studierenden ihre Mietkosten nicht mehr einzeln nachweisen müssen, dafür sollen Pauschalen eingesetzt werden. Auch für ihre Krankenkassenbeiträge sollte es so eine Pauschale geben, fordert Meyer auf der Heyde. Er hebt aus den weiteren Verbesserungsvorschlägen an die Adresse von Bund und Länder besonders hervor: Verständlichere Antragsformulare und Bescheide sowie eine Harmonisierung der Verwaltungsvorschriften, um Ungleichbehandlungen in den Ländern auszuschließen.

Meyer auf der Heyde betont: „Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die Studierenden das BAföG bei den Studentenwerken online beantragen und die Studentenwerke die Bescheide auch direkt selbst erstellen könnten – das würde das Verfahren deutlich beschleunigen, das wäre ein großes Stück Bürokratieabbau.“ Im Projekt „Einfacher zum Studierenden-BAföG“ hat das Statistische Bundesamt im Auftrag von Bundesregierung und Normenkontrollrat Studierende, deren Eltern sowie die Ämter für Ausbildungsförderung von 14 Studentenwerken befragt, wie die Studierenden einfacher und schneller an ihr Geld kommen könnten. An dem Projekt waren neben dem Bund die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen beteiligt. Laut Studie lässt sich ein Drittel der Studierenden im BAföG-Amt ihres Studentenwerks persönlich beraten. Im Schnitt wenden die BAföG-Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter 30% ihrer Arbeitszeit für die Beratung der Studierenden auf.

70% der befragten Studierenden sprechen sich für ein Online-Antragsverfahren aus. Fast die Hälfte findet den BAföG-Antrag in Teilen unverständlich. Lediglich 1 bis 2% der Studierenden geben vollständige Anträge ab – die Folge: Die Studentenwerke haben erheblichen Mehraufwand, die fehlenden Unterlagen oder Nachweise anzufordern. Meyer auf der Heyde sieht auch Verbesserungspotenziale bei den Studentenwerken selbst. So wünschen sich laut Bericht die Studierenden und ihre Eltern von den Ämtern für Ausbildungsförderung längere Sprech- bzw. Öffnungszeiten. „Hier können die Studentenwerke selbst den Hebel ansetzen“, sagt Meyer auf der Heyde.

Außer in Rheinland-Pfalz haben die Länder die Studentenwerke mit der konkreten Umsetzung beauftragt. Die Verfahren – und vor allem auch die eingesetzten EDV-Lösungen – sind aber je nach Bundesland sehr unterschiedlich. Oft sind weitere Landesstellen, etwa zentrale Datenverarbeitungszentren oder Landeskassen, in das Verfahren eingebunden. Im Jahr 2008 erhielten 510.000 Studierende BAföG. Bund und Länder gaben dafür 1,5 Milliarden Euro aus.

Hintergrund: Nationaler Normenkontrollrat

Der Nationale Normenkontrollrat ist ein von der Bundesregierung eingerichtetes unabhängiges Beratungs- und Kontrollgremium mit acht ehrenamtlich tätigen Mitgliedern unter dem Vorsitz von Dr. Johannes Ludewig. Es unterstützt die Bundesregierung dabei, neue Bürokratie zu verhindern, indem es Gesetzesvorhaben auf ihre Bürokratiekosten prüft. Gleichzeitig macht der Normenkontrollrat Vorschläge, wie bestehende Bürokratie abgebaut werden kann. Vor dem BAföG widmete sich das Gremium dem Wohngeld und dem Elterngeld.

<http://www.normenkontrollrat.de>

<http://www.bundesregierung.de/buerokratieabbau>

„Einfacher zum Studierenden-BAföG“: Abschlussbericht (200 Seiten) zum Download

<http://www.normenkontrollrat.de>

Quelle: <http://www.studentenwerke.de>

Experten geht geplante BAföG-Erhöpfung nicht weit genug

Die von den Regierungskoalitionen im 23. BAföG-Änderungsgesetz (17/1551) vorgesehene Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge für die Ausbildungsförderung wird von Experten grundsätzlich begrüßt. Bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am Montagnachmittag wurde zugleich jedoch die von Union und FDP geplante Erhöhung der Bedarfssätze um zwei Prozent sowie der Freibeträge um drei Prozent als zu gering bewertet. Auch die Oppositionsfraktionen hatten sich in eigenen Anträgen (SPD: 17/884; Die Linke: 17/1558; Bündnis 90/Die Grünen: 17/899) für eine weitergehende Erhöhung ausgesprochen.

Um gestiegene Lebenshaltungskosten auszugleichen und den Anteil der geförderten Studierenden und Schüler zu steigern, sei eine Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um zehn Prozent notwendig, sagte Andreas Keller von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Darüber hinaus fordere die GEW eine "dynamische und regelmäßige Anpassung auf Basis eines studentischen Warenkorb". Positiv bewertete Keller die von der Koalition geplante Anhebung der Altersgrenze von 30 auf 35 Jahre für Masterstudierende. "Das ist ein erster Schritt, um das BAföG ‚Bologna-tauglich‘ zu machen", sagte er. Konsequenz wäre es jedoch, völlig auf Altersgrenzen zu verzichten.

Eine gesetzlich geregelte jährliche Anpassung der BAföG-Sätze forderte Florian Kaiser vom Studentischen Dachverband FZS. Gleichzeitig müsse der Bezug von BAföG "unabhängig von Eltern, Alter und Herkunft" möglich sein. Die Zahlungen müssten zudem in einen "Vollzuschuss" verwandelt werden. Aus Sicht des Generalsekretärs des Deutschen Studentenwerkes (DSW), Achim Meyer auf der Heyde hat die letzte BAföG-Anpassung im Jahre 2008 lediglich dazu geführt, dass einzelne Studierende mehr Geld bekommen hätten. "Der Kreis der Geförderten hat sich hingegen nicht erhöht", sagte Meyer auf der Heyde. Sollte die von der Bundesregierung bei der 22. BAföG-Novelle anvisierte Zahl von 100.000 zusätzlich Geförderten erreicht werden, müssten aus Sicht des DSW die Freibeträge um 18 Prozent gesteigert werden.

Brigitte Göbbels-Dreyling von der Hochschulrektorenkonferenz befürwortete den im Gesetz vorgesehenen Leistungsnachweis für das BAföG anhand des individuellen ECTS-Punktstands der Studierenden, der sicherstellen soll, dass Leistungen von Studenten an Hochschulen des Europäischen Hochschulraumes vergleichbar sind. "Bedauerlich" sei hingegen die vorgesehene Streichung, des Darlehens-Teilerlasses, mit dem bislang die 30 Prozent Jahrgangsbesten entlastet wurden. Dieter Dohmen, Direktor des Forschungsinstituts für Bildung und Sozialökonomie, begrüßte hingegen den Verzicht auf einen Darlehens-Teilerlass. Es habe sich gezeigt, dass mit Blick auf einen Teilerlass Studenten sich häufig "nicht die besten, sondern die leichtesten Professoren" für die Prüfung aussuchen würden. Dohmen, der die von der Koalition geplante Erhöhung als "ausreichend für die Besitzstandswahrung aber nicht geeignet für die Erweiterung des Kreises der Geförderten" bezeichnete, sieht zudem auch Handlungsbedarf bei der Förderung von Teilzeitstudiengängen, deren Anteil künftig zunehmen werde. Der Institutsleiter plädierte außerdem dafür, "im Interesse der Steuergerechtigkeit" studentische Einkünfte zu besteuern und gleichzeitig den Eltern zu ermöglichen, ihre "tatsächlichen" Unterhaltsleistungen steuerlich geltend zu machen.

Eine Berücksichtigung von qualifiziertem bürgerschaftlichen Engagement – auch außerhalb der Hochschulen - bei der Förderhöchstdauer forderte Ursula Fehling vom Deutschen Bundesjugendring. Schließlich sei die Förderung verantwortungsbereiter Bürger ein übergeordnetes hochschulpolitisches Ziel, betonte sie. Die BAföG-Novellierung müsse auch genutzt werden, um die Regelungen zu vereinfachen, verlangte Wolf-Michael Catenhusen vom Nationalen Normenkontrollrat der Bundesregierung. Positiv zu bewerten sei vor diesem Hintergrund die im Gesetzentwurf geplante Möglichkeit, künftig den Leistungsnachweises mit Hilfe der ECTS-Leistungspunkte erbringen zu können.

17/1551: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701551.pdf>

17/884: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700884.pdf>

17/1558: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701558.pdf>

17/899: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700899.pdf>

Quelle: HIB

73% der Studierenden schließen das Studium erfolgreich ab

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, hatten bis zum Prüfungsjahr 2008 fast 73% aller Studierenden eines Erststudiums mit Studienbeginn 1999 ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Das bedeutet jedoch auch, dass mehr als ein Viertel (27%) das Studium ohne Abschluss beendet hat. Für die Universitäten wurde eine Erfolgsquote von 68% errechnet, für die Fachhochschulen von 80%.

Erfolg ist in diesem Zusammenhang als der Erwerb eines ersten Hochschulabschlusses in Deutschland definiert. Unberücksichtigt bleibt, wie viel Zeit für den erfolgreichen Abschluss benötigt wurde, mit welcher Note das Studium beendet wurde, und auch, wie gut der Abschluss für den Einstieg in den Arbeitsmarkt beziehungsweise die Selbstständigkeit qualifiziert.

Bei den Studentinnen lag die Erfolgsquote insgesamt mit 74% etwas höher als bei ihren männlichen Kommilitonen, die 71% erreichten. Die Erfolgsquoten der Frauen und Männer unterschieden sich je nach Fachgruppe zum Teil deutlich. In den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften lagen die Erfolgsquoten bei den Frauen teilweise deutlich höher als bei den Männern. Während die Frauen in den Sprach- und Kulturwissenschaften zu fast 68% ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben, waren es bei den Männern rund 59%. In den Ingenieurwissenschaften war die Erfolgsquote der Frauen mit fast 74% ebenfalls höher als bei den Männern mit rund 69%. Dagegen wiesen in der Veterinärmedizin die Männer mit 87% eine höhere Erfolgsquote auf als die Frauen mit 78%.

In den Fächergruppen Medizin mit einer durchschnittlichen Erfolgsquote von 87%, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften mit 80% und Mathematik/Naturwissenschaften mit 66% waren Männer und Frauen nahezu gleich erfolgreich.

Quelle: <http://www.destatis.de>

61% der Studierenden haben Beratungsbedarf

- Top-Themen: Studienfinanzierung, Krankenversicherung, Finanzierung eines Auslandsaufenthalts, Arbeitsorganisation, Zeitmanagement
- Mehr als die Hälfte nimmt Beratungsangebote in Anspruch
- Deutsches Studentenwerk (DSW) veranstaltet in Münster Jahreskonferenz der Beraterinnen und Berater aus den Studentenwerken
- DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde: „Rhetorik, Präsentation, Autogenes Training – Beratung der Studentenwerke wird breiter und bunter“
- Themen auf Berater-Konferenz: Bachelor/Master aus der Sicht der Hirnforschung, Burnout, Gehirndoping

61% der Studierenden im Erststudium haben Beratungsbedarf, und mit 55% haben mehr als die Hälfte von ihnen professionelle Beratungsangebote in Anspruch genommen. Diese Zahlen aus seiner jüngsten Sozialerhebung meldet das Deutsche Studentenwerk (DSW). Es veranstaltete in Münster eine dreitägige Konferenz für die Beraterinnen und Berater aus den Studentenwerken.

Den häufigsten Beratungs- und Informationsbedarf haben die Studierenden zum Thema Studienfinanzierung. Es folgen: Krankenversicherung, die Finanzierung eines Auslandsaufenthalts, Arbeitsorganisation, Zeitmanagement, Zweifel am Studium, depressive Verstimmungen, Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten, Prüfungsangst, Vereinbarkeit von Studium und Nebenjob, Lern-/Leistungsprobleme. Bachelor-Studierende haben einen ähnlich hohen Beratungsbedarf wie Studierende, die ein Diplom, einen Magister oder ein Staatsexamen anstreben.

„Die studienbegleitende, nicht-fachbezogene Beratung ist ein Erfolgsfaktor für das Studium, und die Studentenwerke leisten hier großartige Arbeit“, betonte Achim Meyer auf der Heyde, der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, zur Eröffnung der Konferenz in Münster. Die Studentenwerke bieten Sozialberatung und psychologische Beratung; sie beraten Studierende mit Kind und Studierende mit Behinderung. In jüngster Zeit hat sich das Beratungsangebot stark erweitert, wie Meyer auf der Heyde betonte: „Rhetorik- und Präsentationskurse, Autogenes Training, Coachings zum Zeit- und Stressmanagement – die Beratung der Studentenwerke ist breiter und bunter geworden, und die Studierenden nehmen die Angebote gerne wahr.“

Quelle: <http://www.studentenwerke.de>

Studentenjobs: Wie viel darf man verdienen, welche Abgaben muss man zahlen?

Im August und September spucken Millionen Studenten in die Hände: Auf dem Bau, in der Fabrik oder als Kellner in der Kneipe verdienen sie sich etwas dazu. Schließlich sind Semesterferien und das Studium will finanziert werden. Wer maximal zwei Monate bzw. 50 Tage im Kalenderjahr arbeitet, hat einen großen Vorteil: Er muss keine Sozialversicherungsabgaben zahlen, sagt Ulrich Theil, stellvertretender Pressesprecher der Deutschen Rentenversicherung Bund:

"Diese von vornherein zeitlich befristeten Aushilfsjobs haben den Vorteil, dass es für diese Zeit keine Verdienstbeschränkungen gibt und auch die Arbeitszeit spielt keine Rolle. Diese Beschäftigungen sind sozialabgabefrei sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Studenten. Häufen sich diese allerdings, werden sie zusammengerechnet und es tritt zunächst Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung ein, wenn die Zeitgrenzen von zwei Monaten oder 50 Arbeitstagen im laufenden Kalenderjahr überschritten werden. Sie können bei längeren Überschreitungen auch komplett sozialversicherungspflichtig werden."

Wenn ein Student lediglich als Mini-Jobber dauerhaft arbeitet, also nicht mehr als 400 Euro pro Monat verdient, fallen für ihn keine Abgaben an:

"Solche Dauerbeschäftigungen mit nicht mehr als 400 Euro Verdienst im Monat sind versicherungsfrei. Die Studenten müssen demzufolge auch keine Versicherungsbeiträge zahlen, erhalten den Verdienst brutto wie netto ausgezahlt, lediglich die Arbeitgeber haben Pauschalabgaben zu leisten."

Wer dauerhaft über 400 Euro im Monat verdient, muss also Rentenversicherungsbeiträge zahlen. Doch es gibt trotzdem noch Vergünstigungen:

"Wenn der Verdienst zwischen 400 und 800 Euro, also in der so genannten Gleitzone liegt, muss der Student - wie übrigens andere Arbeitnehmer auch - nur einen reduzierten Arbeitnehmeranteil zahlen. Bei allen Dauerbeschäftigungen über 400 Euro ist es aber besonders wichtig, dass das Studium noch im Vordergrund steht. Das ist nur dann der Fall, wenn der Student höchstens 20 Stunden pro Woche arbeitet. Überschreitet er diese Zeitgrenze, dann wird er sozialversicherungsrechtlich wie ein normaler Arbeitnehmer behandelt, d. h. er wird zusätzlich zur Rentenversicherung auch versicherungspflichtig in der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung."

Kostenlose Beratung zum Thema "Studentenjobs" gibt es in den bundesweiten wohnortnahen Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung. Weitere Informationen findet man auch unter <http://www.deutsche-rentenversicherung.de> oder erhält sie beim kostenlosen Servicetelefon unter 0800 1000 4800.

Quelle: <http://www.deutsche-rentenversicherung.de>

EU veröffentlicht Liste der Rechte für Reisende

Die EU- Kommission hat eine 12-Punkte-Liste mit Rechten für Reisende herausgegeben. Darin wird das oft komplizierte EU-Regelwerk für Bahn- und Fluggäste verständlich und knapp zusammengefasst.

Die Kampagne solle den Menschen verdeutlichen, "welche Rechte die europäische Gesetzgebung ihnen als Reisenden gibt", sagte EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani in Straßburg. Aufgeklärt wird etwa über Ansprüche bei Verspätungen oder Annullierung der Fahrt sowie bei Gepäckverlust.

So können Urlauber, deren Flugzeug oder Zug stark verspätet ist, die Rückerstattung der Kosten oder eine Ersatzfahrt verlangen. Wird das Gepäck beschädigt, steht Fluggästen eine Entschädigung von bis zu 1223 Euro zu, Bahnreisenden von bis zu 1300 Euro. Behinderte haben Anspruch auf besonderen Service.

Die EU-Kommission gibt auch allgemeine Empfehlungen ab: So sollten Urlauber vor dem Ticketkauf für Reisen außerhalb Europas überprüfen, ob ihre Fluggesellschaft auf der "Schwarzen Liste" steht. Darauf führt die EU Unternehmen, für die aus Sicherheitsbedenken ein Flugverbot in der Europäischen Union besteht. Davon sind besonders Airlines aus Afrika und Asien betroffen.

Die Rechte für Flugreisende sind in der EU schon seit längerem einheitlich geregelt. "Diese Regeln der europäischen Gemeinschaft haben Staaten auf der ganzen Welt inspiriert", sagte Tajani. "Aber dieser Bereich entwickelt sich fortwährend weiter." Er kündigte daher eine Überarbeitung des Regelwerkes an, insbesondere der Bestimmungen des Gepäcktransports. In den kommenden zwei Monaten können zunächst Reisende, Reiseunternehmen und Verbraucherschutzorganisationen im Internet Verbesserungsvorschläge abgeben. Für Bahnreisende gelten seit Dezember einheitliche Rechte.

Die Top 12 der Rechte für Reisende in der EU

Die EU-Kommission hat eine Zwölf-Punkte-Liste mit Rechten und Empfehlungen für Reisende herausgegeben. Die Punkte 1 bis 6 beziehen sich auf Flugreisen, die Punkte 8 bis 10 auf Bahnfahrten. dpa dokumentiert die zwölf Punkte.

1. Fluggäste, deren Flug ohne Ankündigung annulliert wird oder der mehr als fünf Stunden Verspätung hat, können ihr Geld zurückverlangen oder einen Ersatzflug verlangen.
2. Fluggäste haben auch bei Annullierungen oder Verspätungen ein Recht auf Betreuung sowie in einigen Fällen auf Entschädigung. Die Fluggesellschaft muss zudem umgehend die Passagiere über deren Rechte informieren.
3. Wird das Gepäck beschädigt oder geht es verloren, steht Flugreisenden eine Entschädigung von bis zu 1223 Euro zu.
4. Bei Online-Buchungen müssen Fluggesellschaften den endgültigen Preis deutlich darstellen. Steuern sowie Flughafen- und Buchungsgebühren müssen ebenso gekennzeichnet sein.
5. Passagiere dürfen im Handgepäck nur geringe Mengen Flüssigkeit durch die Sicherheitskontrolle am Flughafen nehmen. Erlaubt sind maximal 100 Milliliter Flüssigkeit pro Flasche, Tube oder Dose.
6. Urlauber sollen vor dem Kauf von Flugtickets für Reisen außerhalb Europas überprüfen, ob die Fluggesellschaft auf der "Schwarzen Liste" der EU steht. Darauf sind Airlines vermerkt, für die aus Sicherheitsbedenken ein Flugverbot in der Europäischen Union besteht.
7. Behinderte und Menschen mit eingeschränkter Beweglichkeit (etwa mit Gipsbein) haben Anspruch auf barrierefreien Zugang in Flugzeuge und Züge. Sie erhalten außerdem einen besonderen Service vor, während und nach dem Flug oder der Fahrt. Bei Flugreisen empfiehlt es sich, den Anbieter mindestens 48 Stunden vorher zu informieren.
8. Bei grenzüberschreitenden Bahnfahrten haben Reisende Anspruch auf Ersatzfahrten, Ausgleich sowie Betreuung, wenn die Fahrt annulliert wird oder sich Abfahrt und Ankunft um mehr als eine Stunde verzögern.
9. Wird das Gepäck während der Zugfahrt beschädigt, haben Passagiere Anspruch auf eine Entschädigung von bis zu 1300 Euro. Im Fall eines Unfalls gilt ein Anspruch auf Vorausleistung und Entschädigung für den Passagier und die Familie.

10. Bahnunternehmen müssen unzufriedenen Fahrgästen eine Beschwerdestelle vermitteln, wo die Beschwerde innerhalb eines Monats bearbeitet wird.
11. Pauschalreisende sollten bei der Buchung darauf achten, dass der Preis und alle relevanten Informationen deutlich dargestellt sind.
12. Jeder vierte Unfall im Straßenverkehr ist auf Alkohol- und Drogeneinfluss zurückzuführen. Urlauber sollten sich daher nicht angetrunken oder nach der Einnahme von Drogen hinters Lenkrad setzen.

Quelle: EU- Kommission - <http://ec.europa.eu/>

Reisezeit: Tipps und Checklisten der deutsche internet versicherung

Bald beginnt die Urlaubszeit. Autofahrer sollten sich und ihr Kfz auf die große Fahrt vorbereiten. Die deutsche internet versicherung stellt mit ihrem Urlaubsratgeber Tipps und Checklisten zur Verfügung. Und neu: der mobile Schadenhelfer.

Etwa 50 Prozent aller Urlaubsreisen legen Deutsche mit dem Auto zurück. Damit die schönsten Wochen im Jahr ein voller Erfolg werden, rät Falko Struve, Vorstandsmitglied der deutsche internet, zur gründlichen Vorbereitung: "Wer zahlreiche Kilometer mit seinem Fahrzeug unterwegs ist, sollte jetzt einen Boxenstopp einlegen." Reifenprofile, Luftdruck, Flüssigkeitsstände und Bremsen sollten in jedem Fall kontrolliert werden.

Neben Techniktipps enthält der Urlaubsratgeber des Dortmunder Kfz-Versicherers auch eine Übersicht der Bußgelder im Ausland, Alkoholpromillegrenzen sowie eine Checkliste für die Reisevorbereitungen.

Für unterwegs: Der mobile Schadenhelfer

Ab sofort bietet die deutsche internet auch einen "mobilen Schadenhelfer" an. Per internetfähigem Mobiltelefon lassen sich praktische Tipps zur Unfallaufnahme und Unfallprävention abrufen. "Gerade im Schadensfall ist man aufgeregt. Daher ist es nur menschlich, dass man nicht sofort an alle relevanten Handlungen denkt. Unser "mobiler Schadenhelfer" gibt zahlreiche Tipps, damit man sich im Fall der Fälle optimal verhalten kann", begründet Falko Struve den neuen Service. Das Kapitel "Auf Reisen" informiert zudem über die Besonderheiten bei einem Unfall im Ausland. Darüber hinaus rät die deutsche internet, die Gültigkeit der Grünen Versicherungskarte zu kontrollieren und den EU-Unfallbericht mitzuführen. Urlaubsratgeber: <http://www.deutscheinternet.de/pdf/urlaubsratgeber.pdf> Mobiler Schadenhelfer: <http://www.deutscheinternet.de/mobile> (Eingabe ins Mobiltelefon)

Quelle: <http://www.deutscheinternet.de>

Schluss mit Schleppen: SunSpeed-Kofferversand jetzt bei eBay

Junger Versanddienstleister transportiert Reisegepäck von Haus zu Haus

Ab sofort ist der neue Service auch bei eBay buchbar - schon ab 25 Euro

Die Urlaubszeit beginnt. Wer mit Bus, Bahn oder Flugzeug reist, kennt das leidige Gepäckproblem - groß, schwer, sperrig. Aber warum selber schleppen? Für wenig Geld kann man Koffer und Taschen vorausschicken. Sie warten dann schon im Hotel. Mit dem neuen Service von SunSpeed beginnt der Urlaub bereits an der Haustür: Kräftige Männer holen das Gepäck ab und transportieren es auf schnellstem Weg zum Zielort.

Ab sofort kann der Kofferservice über die Internet-Plattform eBay gebucht werden. Im Suchfeld einfach "Kofferversand" eintippen - schon erscheinen die SunSpeed-Angebote, gestaffelt nach Zielort und Gepäckgewicht. Ein 10-Kilo-Koffer innerhalb Deutschlands kostet 25 Euro, nach Frankreich 55 Euro - manche Fluggesellschaft verlangt fürs Reisegepäck mehr.

Wer unbeschwert reisen will, kann den Service auch direkt telefonisch buchen, unter der Hotline 07000-333 55555 (ein Anruf aus dem deutschen Festnetz kostet 12 Cent). "Bislang nutzten hauptsächlich Geschäftsreisende unseren Kofferversand", sagt SunSpeed-Geschäftsführer Marco Engel. "Wir freuen uns, nun auch Urlaubern das Reisen zu erleichtern."

Die Abholung des Gepäcks erfolgt zu einem individuell vereinbarten Termin. Innerhalb des deutschen Festlands sind die Koffer und Taschen schon am nächsten Werktag am Ziel. Nach Österreich braucht es zwei Tage und nach Irland maximal vier. Das Angebot gilt für fast alle Länder in Europa. "Wir wollen die deutsche Servicewüste bewässern", so Marco Engel. "Wir bringen Ihre Koffer schnell und sicher an den Ort Ihrer Wahl und informieren vorab Hotels, Kurkliniken oder Zimmerverwaltungen. So stellen wir sicher, dass Ihr Gepäck auch wirklich angenommen und bis zu Ihrer Ankunft sicher verwahrt wird." Während des gesamten Transportes ist jedes Gepäckstück mit 500 Euro versichert.

Über SunSpeed

Die SunSpeed GmbH mit Sitz in Barsbüttel bei Hamburg ist seit Juni 2009 aktiv. Der Logistikspezialist im Bereich Overnight-Versand bietet Express-, Kurier- und Lagerdienste. Zu den Kunden gehören namhafte Unternehmen wie Vattenfall Europe, Smooth & Cupper und Jack Daniels. Mit der neuen Dienstleistung Gepäckversand steigt SunSpeed nun auch ins Privatkundengeschäft ein.

Quelle: <http://www.sunspeed-logistic.de>

Richtig trinken bei Hitze

Mineralstoffe wichtig: Natrium gleicht Flüssigkeitsbalance aus

Wenn die Sonne lacht und die Temperaturen steigen, gehen viele Menschen raus, treiben Sport, genießen die Natur oder sonnen sich in den wärmenden Strahlen. Jetzt ist es besonders wichtig, für ausreichend Flüssigkeit zu sorgen. Denn wer bei Hitze körperlich aktiv ist, sei es beim Sport oder bei der Arbeit, kann bis zu zwei Liter pro Stunde ausschwitzen. Selbst beim sommerlichen Spaziergang oder beim Sonnenbaden geht über die Haut unbemerkt Flüssigkeit verloren. Auch Senioren leiden oft unter deutlichem Flüssigkeitsmangel. Zwei Liter Wasser pro Tag brauchen wir mindestens, um die Verluste zu ersetzen, bei körperlicher Anstrengung kann es deutlich mehr sein. Entscheidend ist jedoch nicht nur, wie viel, sondern auch was wir trinken. Mit dem Schweiß gehen Mineralstoffe verloren: neben Kalium und geringen Mengen anderer Mineralstoffe vor allem Natrium. Im Körper ist Natrium dafür zuständig, Wasser zu binden.

Studien zeigen, dass Getränke mit ausreichend Natrium für einen schnelleren Ausgleich der Flüssigkeitsbilanz sorgen. Gerade bei Hitze sind natriumhaltige Heilwässer ideal. Sie ersetzen nicht nur die Flüssigkeit, sondern auch die ausgeschwitzten Mineralstoffe und sorgen dafür, dass der Wasserhaushalt schnell wieder ins Lot kommt.

Empfohlen werden Heilwässer mit einem Natriumgehalt ab etwa 200 mg Natrium pro Liter. Wie viel Natrium ein Wasser enthält, zeigt das Flaschenetikett. Eine Übersicht über verschiedene Heilwässer sowie deren Etiketten mit aufgelisteten Mineralstoffen gibt die Website <http://www.heilwasser.com>

Tipps zum Trinken bei Hitze

- An heißen Tagen mindestens 2 Liter trinken, bei starkem Schwitzen deutlich mehr.
- Auf ausreichend Natrium und Mineralstoffe achten. Zum Beispiel Heilwässer mit mindestens 200 mg Natrium pro Liter trinken.
- Schon morgens die Trinkration für den Tag hinstellen.
- Getränke an zentralen Plätzen bereitstellen.
- Zu jeder Mahlzeit mindestens ein Glas Wasser trinken.

Quelle: <http://www.heilwasser.com>

Ex und hopp

Warum ein langer, tiefer Schluck nach der Anstrengung wenig bringt

Wer bei sommerlichen Temperaturen körperlich arbeiten muss oder seine Ausdauer trainiert, muss reichlich trinken - aber auch das kann man richtig und falsch machen. Wichtig ist, regelmäßig und schluckweise zu trinken. Es bringt wenig, den ganzen Flüssigkeitsbedarf auf einmal zu decken, heißt es im Apothekenmagazin "Diabetiker Ratgeber". Der Körper hat nämlich nichts davon und scheidet das meiste umgehend wieder aus - ex und hopp. Die Ernährungswissenschaftlerin Silke Restemeyer von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung rät, eine halbe Stunde vor Beginn der Anstrengung rund einen Viertelliter Flüssigkeit zu sich zu nehmen und sich während der Anstrengung Pausen zu gönnen und in kleinen Mengen zu trinken. Restemeyer empfiehlt als Getränk eine kräftig mit Wasser verdünnte Apfelsaftschorle. Getränke mit speziellen Vitaminen benötigen Sportler nicht, denn diese gehen durch Schwitzen nicht verloren. Milch und Eiweißdrinks empfehlen Experten erst nach und nicht vor oder während des Sports. Sie regen die Verdauung an, das kann Beschwerden verursachen. Die speziellen Sportgetränke sind für Leistungssportler entwickelt worden. Auch engagierte Amateure benötigen sie nicht.

Quelle: <http://www.wortundbildverlag.de>

Die ersten Sonnenstrahlen sind da!

Wie Sie sich am besten vor einem Sonnenbrand schützen und welchen Lichtschutzfaktor Ihre Haut braucht

Sommer, Strand und Sonnencreme - das sind die Zutaten für einen perfekten Tag. Wenn Sie am Strand liegen oder am Baggersee und folgendes Geräusch hören, haben Sie etwas falsch gemacht: Geräusch leere Sonnencreme-Flasche Dann ist nämlich Ihre Sonnencreme alle. Wie man seine Haut im Sommer am besten vor einem Sonnenbrand schützen kann, dazu Hans Haltmeier, Chefredakteur der "Apotheken Umschau":

"Das hängt sehr davon ab, welchen Hauttyp man hat. Menschen, die von Natur aus braun sind und dunkle Haare haben, können problemlos eine halbe Stunde oder auch länger in der Sonne bleiben. Danach sollten sie sich dann aber eincremen. Anders bei hellhäutigen Menschen mit blonden oder roten Haaren. Die können schon nach zehn Minuten einen deftigen Sonnenbrand bekommen, wenn sie sich nicht eincremen. Da ist es also ganz wichtig." Wenn man in der Drogerie vor dem Regal mit der Sonnencreme steht, stellt sich die Frage: Welchen Lichtschutzfaktor brauche ich?

"Empfindliche Personen, also Menschen mit blonden oder roten Haaren, die sollten schon einen Lichtschutzfaktor von 30 oder höher wählen. Ganz wichtig ist, dass man mit der Creme nicht geizt. Das heißt also, wer sich im Sommer an den Strand legt, der braucht schon ungefähr ein Fünftel einer Flasche Sonnencreme und sollte auch regelmäßig nachcremen." Nach einem Tag in der Sonne ist die Haut manchmal etwas gereizt. Folgende Mittel verschaffen Linderung:

"Da gibt es besondere After-Sun-Produkte, Lotions mit Vitamin E oder Aloe Vera, die der Haut Feuchtigkeit zuführen. Wenn die Haut schon gerötet ist kann man eine Wund- oder Heilsalbe auftragen. Außerdem sollte man dann natürlich die Sonne meiden bis die Rötung wieder abgeklungen ist." Ein weiterer Tipp aus der "Apotheken Umschau": Gute Sonnencreme sollte nicht nur einen UV-B-Filter besitzen, sondern auch einen UV-A-Filter. Wenn sich ein UV-A-Zeichen auf der Flasche befindet, ist man auf der sicheren Seite.

Quelle: <http://www.wortundbildverlag.de>

Singen macht schlau und mutig

Darum sollten Eltern wieder mehr mit ihren Kindern singen

Egal, ob richtig oder schief, laut oder leise - Kinder, die singen, ziehen vielfältigen Nutzen daraus. Wissenschaftler sind überzeugt, dass Singen das Gehirn anregt und Sprache, Stimme und sogar das Immunsystem davon profitieren. Den meisten Kindern aber fehlt diese Erfahrung heute. Eine Studie der Universität Braunschweig zeigte, dass bereits Dreijährige große Hemmungen haben, allein vor anderen ein Lied vorzutragen. "Das ist bedauerlich, weil Singen eigentlich sehr lustvoll ist", sagt der Leiter der Studie, Professor Werner Deutsch, im Apothekenmagazin "BABY und Familie". Auch Eltern, die sich selbst nicht für begnadete Sänger halten, sollten mit ihren Kindern singen, die anderen sowieso. Hauptsache, sie amüsieren sich gemeinsam. Wenn es schief klingt, kann man darüber lachen; nie sollte man ein Kind deswegen tadeln oder sogar verlangen, dass es still sein soll. Eine Studie an der Universität Münster hat gezeigt, dass Kinder, die häufig singen, sich besser ausdrücken und sich auch stärker in andere Kinder einfühlen können. Zudem gaben und erhielten sie in ihrer Gruppe Unterstützung. Und wem das als Erfolg noch nicht reicht: Gesünder waren die kleinen Sänger auch.

Quelle: <http://www.baby-und-familie.de>

Dauerquatscher unerwünscht – Umfrage

Ältere Mitbürger fühlen sich von lautem Handytelefonieren gestört - Aber auch Teenager beschwerten sich

Egal ob in der Fußgängerzone, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Wartezimmern von Arztpraxen oder beim Spaziergehen im Park - wirklich überall wird inzwischen mit dem Handy telefoniert. Was für die einen eine praktische Errungenschaft moderner Technik, ist für die anderen einfach nur nervend. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Gesundheitsmagazins "Apotheken Umschau" ergab, dass sich vor allem ältere Mitbürger vom lauten Telefonieren in der Öffentlichkeit gestört fühlen. Bei den Über-60-Jährigen geben mehr als die Hälfte (55,1 %) an, sie ärgerten sich im täglichen Umgang mit ihren Mitmenschen ganz besonders, wenn diese in der Öffentlichkeit laut mit dem Mobiltelefon telefonierten. Die Jüngeren fühlen sich dagegen von dem Dauerquatsch weniger gestört. Allerdings sagt immerhin auch jeder fünfte Teenager (19,9 %), lautes Telefonieren in der Öffentlichkeit gehe ihm gegen den Strich.

Quelle: Eine repräsentative Umfrage des Gesundheitsmagazins "Apotheken Umschau", durchgeführt von der GfK Marktforschung Nürnberg bei 2065 Männern und Frauen ab 14 Jahren. <http://www.apotheken-umschau.de>

Fernsehen für unterwegs: 20 DVB-T-Sticks im PC-WELT-Vergleichstest

Deutliche Unterschiede in punkto Größe, Tuner-Technik, Empfangsleistung und Funktionsumfang

Doch DVB-T-Sticks unterscheiden sich deutlich in Größe, Tuner-Technik, Empfangsleistung und Funktionsumfang. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktueller Vergleichstest der PC-WELT, die in ihrer Ausgabe (7/2010.) 20 mobile TV-Empfänger auf den Prüfstand gestellt hat und zeigt, welche Modelle sich am besten für ungetrübten Fernsehspaß eignen.

Vor allem besonders kleine DVB-T-Sticks zeigten im Test Schwächen: Da die eingebauten Tuner ebenfalls sehr klein sein müssen, sind sie weniger empfangsstarke als größere Sticks. In schwierigen Empfangslagen oder in den Randbereichen der Sendezonen ist der Signalempfang zu schwach, um ein ungestörtes Bild zu bekommen. Es kann auch passieren, dass einige Sender überhaupt nicht zu empfangen sind, so PC-WELT. Neben der Empfangsqualität des Tuners sollte die mitgelieferte Software das wichtigste Kaufargument sein. So programmieren vor allem kleinere Anbieter von DVB-T-Tunern keine eigene TV-Software, sondern kaufen diese ein. Die Folge: Die Programme passen oft nicht richtig zum DVB-T-Tuner.

Aber auch ein komplettes Multimedia-Paket mit Bild- und Musikverwaltung sorgt nicht zwangsläufig für reibungsloses Fernsehvergnügen. Denn oft fehlen wichtige Funktionen, oder sie sind unkomfortabel zu bedienen. PC-WELT-Tipp: Wer mit der mitgelieferten Software unzufrieden ist, kann seinen Stick eventuell mit einem anderen Programm betreiben. Voraussetzung ist ein universeller BDA-Treiber, über den die meisten aktuellen Modelle verfügen. Infos dazu finden Anwender auf den jeweiligen Internetseiten der Hersteller.

PC-WELT-Testsieger ist der Terratec T5 für rund 105 Euro. Der DVB-T-Stick überzeugt auch an ungünstigen Standorten im Randbereich des Sendegebiets mit einem tadellosen Signalempfang und einer komfortablen Software. Für Preisbewusste ist der WinTV Ministick von Hauppauge für etwa 39 Euro eine Alternative. Der PC-WELT-Preis-Leistungs-Sieger verfügt ebenfalls über einen leistungsstarken TV-Empfänger und zeigte im Test keine Schwächen.

Quelle: <http://www.welt.de>

Ersatzakku für Notebooks im c't-Test

Billige Akku-Nachbauten reichen aus

Wenn nach zwei, drei Jahren das Notebook nur noch halb so lange läuft, braucht man bald einen neuen Akku. Statt teure Originale bei den Herstellern zu kaufen, kann man bis zu zwei Drittel des Preises mit günstigen Nachbauten sparen. Im Test des Computermagazins c't (Ausgabe 11/10) haben sich die billigen Ersatzakkus bewährt.

"Die Kapazität ist teils etwas geringer, aber das wiegt der Preisunterschied allemal auf", urteilt c't-Redakteur Rudolf Opitz. "Einige Nachbauten haben in unserem Test sogar besser abgeschnitten als das Original." Wichtig ist allerdings, wo man seinen neuen Akku kauft: Beim Online-Händler sollte eine komplette Adresse im Impressum stehen. Ein Umtausch könnte ansonsten aussichtslos sein. Im c't-Test sind immerhin zwei fehlerhafte Akkus von seriösen Händlern in der Redaktion gelandet - beide wurden aber anstandslos ersetzt. Außerdem übersteigen die Versandkosten schnell den Einkaufspreis, wenn man das Paket etwa zurück nach Hongkong schicken muss.

Übliche Consumer-Akkus verlieren laut Faustregel nach zwei bis drei Jahren Lagerung bei Zimmertemperatur etwa 50 Prozent ihrer Kapazität. Von Gebraucht-Akkus sollte man deshalb unbedingt die Finger lassen. Im Internet finden sich sogar Gebraucht-Akkus zum Verkauf, die vor einigen Jahren von einer Rückrufaktion betroffen waren. Anders als bei herkömmlichen Batterien gibt es keine vom Endkunden erkennbare Kennzeichnung mit dem Herstellungsdatum. "Das ist eigentlich ein Fall für die Verbraucherschützer", sagt c't-Experte Rudolf Opitz.

Aktuelles Titelbild: <http://www.heise-medien.de/presseinfo/bilder/ct/10/ct112010.jpg>

Hinweis für Hörfunkredaktionen:

Ein Radiobeitrag zu diesem Thema sowie O-Töne von c't-Redakteur Rudi Opitz sind unter 05 11/2 79 15 60 beim c't-Hörfunk-Service abrufbar. Unter <http://www.radioservice.de> steht das Angebot für akkreditierte Hörfunkredakteure auch im MP3-Format zum Download bereit.

Quelle: <http://www.heise-medien.de>

Neue Versionen von Word, Excel & Co. im c't-Test

Microsofts Gratis-Office reicht oft aus

Von Microsofts Office 2010 gibt es erstmals eine kostenlose Ausgabe. Die sogenannte Starter Edition liegt künftig den allermeisten Neu-PCs bei und beherrscht einen Großteil der Aufgaben, die man als Privatanwender typischerweise erledigt. Zu diesem Ergebnis kommt der Testbericht im Computermagazin c't 12/2010.

Mit unterschiedlichen Ausgaben von Office 2010 will Microsoft verlorene Marktanteile zurückgewinnen. Die kostenlose Starter Edition blendet allerdings Werbung ein und beherrscht keine Profi-Funktionen wie automatisch gepflegte Literaturverzeichnisse oder das Ausführen spezieller Makros. Erstmals gibt es bei Microsoft auch Office-Programme, die nicht installiert werden müssen, sondern im Internet-Browser laufen - ebenfalls kostenlos. Die "Web-Apps" sind noch nicht fertig, zeigen aber schon jetzt, dass sie genauso aussehen und beinahe so viel können sollen wie Word, Excel und PowerPoint auf dem heimischen PC. Nutzer dürfen Dokumente auf Microsoft-Servern ablegen und für andere freigeben, etwa für die Zusammenarbeit in einem Team.

Die Bedienoberfläche in Office 2010 wurde noch einmal grundlegend überarbeitet und konnte im c't-Test überzeugen. Es gibt auch neue Funktionen, die sich in allen enthaltenen Programmen nutzen lassen und oftmals den Griff zu spezialisierter Software, etwa zur Bildbearbeitung oder Videoschnitt ersparen. "Mit Office 2010 ist Microsoft auf dem richtigen Weg", urteilt c't-Redakteur Stephan Ehrmann. Die vorige Version des großen Büropakets Office 2007 war hingegen ein Flop. Die seinerzeit revolutionär neue Bedienoberfläche, welche die herkömmlichen Menüs durch "Multifunktionsleisten" ersetzte, überforderte die Nutzer. Essenzielle Funktionen etwa zum Speichern oder Drucken konnten viele nicht mehr finden. Daher läuft noch heute auf vielen PCs ein altes Office der Version XP oder 2003. So mancher stieg auch auf das kostenlose OpenOffice um, das noch der gewohnten Bedienweise folgt und weitgehend kompatibel ist.

Auch im Internet wurde Microsoft stark unter Druck gesetzt. Nur einen Mausklick von der populärsten Suchmaschine der Welt entfernt bietet [Google](#) ebenfalls ein Office-Paket an. "Text und Tabellen" läuft im Web-Browser und reicht für viele Zwecke vollkommen aus. Hier will Microsoft in Zukunft mit den Web-Apps gegenhalten.

Quelle: <http://www.heise-medien.de>

med-dent-magazin-Produktberichte

Die Produktberichte werden in ausschließlicher Verantwortung der Originalquelle und unkommentiert veröffentlicht.

Hygiene-Management in Praxis und OP

Die Sicherstellung hygienischer Bedingungen ist ein wichtiges Element des bis Ende 2010 gesetzlich geforderten Qualitätsmanagement-Systems für Zahnarztpraxen. Eine anschauliche Hilfe hierfür bietet der neue Schulungsfilm „Praktische Hygiene – Operationen aus der Sicht der Assistenz“ von pro-hygienica, der unter Mitwirkung namhafter Hersteller entstand. Er zeigt und erklärt in leicht verständlicher Form alle erforderlichen Hygienemaßnahmen zur Risikominimierung in einer chirurgisch tätigen Zahnarztpraxis.

Bis zum 31.12.2010 müssen alle Zahnarztpraxen in Deutschland ein gesetzlich gefordertes Qualitätsmanagement-System (QM) einführen. Um die Praxen bei ihrem Hygienemanagement im Sinne des QM zu unterstützen, wurde ein praxisnaher, leicht verständlicher Lehrfilm produziert. Initiator und Drehbuchautor des Filmes ist Willi Seidenberger, Leiter des MKG-OP am Universitätsklinikum Freiburg. Über zwei Jahrzehnte Erfahrung aus dem Klinikalltag sowie einer Vielzahl an selbst durchgeführten Hygieneschulungen für zahnmedizinische Fachangestellte sind in diesen Lehrfilm eingeflossen.

Der Film beginnt mit den Hygienemaßnahmen beim Betreten der Praxis und zeigt Schritt für Schritt die Vorbereitung des Patienten zur Operation sowie die Bereitstellung des Behandlungsraumes und der sterilen Instrumente zum chirurgischen Eingriff. Die chirurgische Händedesinfektion, das korrekte Anziehen steriler Kleidung und Handschuhe, das Desinfizieren des Operationsgebietes und das Verhalten während des Eingriffes werden ausführlich und praxisnah dargestellt, ebenso die sichere Entsorgung von Einwegmaterial sowie die Aufbereitung kontaminierter Instrumente und deren Lagerung. Ergänzt mit den Hygienemaßnahmen rund um den Behandlungsraum und der Reinigung des Aufbereitungsraumes werden somit alle in einer Praxis notwendigen Hygienemaßnahmen behandelt.

Der Lehrfilm entstand in enger Zusammenarbeit mit den namhaften Herstellern Aesculap AG, Astra Tech GmbH und Dürr Dental AG. Er berücksichtigt die aktuellen Regeln und Richtlinien und ist ganz auf die Schulung des Praxisteam ausgerichtet. Interessierte können sich Filmausschnitte online unter: <http://www.pro-hygienica.de> ansehen. Der komplette Film mit 27 Minuten Laufzeit kann auf DVD zum Preis von 39,90 Euro zzgl. MwSt. online bestellt werden.

pro-hygienica UG
Willi Seidenberger
Kollnauer Str.16
79183 Waldkirch / Germany

Quelle: <http://www.pro-hygienica.de>

350.000 Besucher sorgen seit Januar für über 1 Mio. Klicks

Mehr als 350.000 Besucher seit Januar 2010 und über 1 Mio. Klicks in nur fünf Monaten stärken die Spitzenposition des Spitta Verlags. Zahnärzte, Praxismitarbeiter, Studenten sowie die Dentalbranche haben die Portale spitta.de, zmk-aktuell.de und zp-aktuell.de für sich entdeckt und nutzen sie täglich. Hier finden Zahnmediziner aktuelle, zahnmedizinische und praxisnahe Fachinformationen sowie exklusive Anwenderberichte, Tipps zur Praxisführung und Neues aus der Dentalindustrie. Das Zahn-techniker-Portal ztm-aktuell.de stellt Fachinformationen aus dem zahntechnischen Bereich zur Verfügung, Implantologen und Parodontologen können auf dimagazin-aktuell.de zugreifen.

Abrechnungs-Tipps zu allen Gebührenverzeichnissen und deren Positionen aus sämtlichen zahnmedizinischen Fachbereichen bietet abrechnung-zahnmedizin.de und beinhaltet Rechts-Tipps sowie aktuelle Urteile.

Fachliteratur diverser Verlagshäuser können Praxen ganz einfach über dental-buecher.de beziehen. Für den Praxisinhaber hilfreich ist beim Material- und Gerätekauf das Portal dentalkompakt-online.de, das ihm 4.000 Produktvergleiche aus dem dentalen Markt präsentiert. Ferner bietet die Bilddatenbank dentimages.de dem Zahnarzt mehr als 2.000 hochwertige Bilder zum Kauf. Last but not least kann der Zahnarzt nicht nur auf drei Portalen CME-Punkte sammeln, sondern diese auch mit der Teilnahme an einem der Seminare erwerben, die auf akademie.spitta.de gelistet sind.

Spitta hat sich zum Ziel gesetzt, Zahnmediziner sowie die Dentalbranche nicht nur mit den bewährten Produkten für den Praxisalltag zu unterstützen, sondern auch an der Spitzenposition im Online-Bereich weiterhin ein unverzichtbarer Partner zu sein.

Spitta Verlag GmbH & Co. KG
Ammonitenstraße 1
72336 Balingen

Quelle: <http://www.spitta.de>

Neuer Service von Dürr Dental

Aus dem Dürr HygieneClub wird der DÜRR DENTAL CLUB

Dürr Dental hat mit der Gründung des Dürr HygieneClub 1996 seinen Kunden einen exklusiven Service angeboten und somit als Hersteller, der ausschließlich über den Dentalfachhandel vertreibt, zudem den direkten Dialog ermöglicht. Bis heute haben sich rund 7.500 Kunden für eine kostenlose und unverbindliche Mitgliedschaft entschieden und genießen seitdem die Clubvorteile. Die Nachfrage zu weiteren Themen des Unternehmens, seiner Produkte und Dienstleistungen machte nun die Weiterentwicklung des bisherigen Clubs notwendig. Aus dem Dürr HygieneClub wird daher der neue DÜRR DENTAL CLUB.

Wir schreiben das Jahr 1996: Dürr Dental möchte Mitarbeiter in Praxis und Labor bei ihrer täglichen Arbeit unterstützen und beraten. Es ist die Geburtsstunde des Dürr HygieneClub. Bis heute hat sich dieser zu einem vielseitigen und informativen Service entwickelt, dessen Mitgliederzahl auf knapp 7.500 stieg. Die verstärkte Nachfrage zu weiteren Themen rund um Dürr Dental machte nun eine Neuausrichtung des bisherigen Clubs notwendig. Aus dem Dürr HygieneClub wird ab sofort der DÜRR DENTAL CLUB. Die Mitgliedschaft ist weiterhin kostenlos, unverbindlich und bietet seinen Mitgliedern weitere exklusive Vorteile. Dies sind unter anderem spezielle Konditionen bei Teamschulungen, ein persönliches Geschenk auf Fachdentals, exklusive Aktionen und das CLUBMAGAZIN, welches die Mitglieder viermal im Jahr zu allen Neuigkeiten und Wissenswerten sowie zu aktuellen Lifestyle-Themen informiert.

Dürr Dental bietet mit dem DÜRR DENTAL CLUB einen einzigartigen sowie exklusiven Service und Mehrwert für Mitarbeiter aus Praxis und Labor. Interessierte können sich telefonisch (07142/705-289) oder über das Internet als Neumitglied anmelden.

Quelle: <http://www.duerr.de/club>

CARL ermöglicht Zahnärzten 360° Aktionsradius

Der neue zahnärztliche Arbeitsstuhl CARL von Sirona bietet als Rundsitz maximale Bewegungsfreiheit für den Behandler.

Bensheim, 21.06.2010. Mit dem neuen zahnärztlichen Arbeitsstuhl CARL hat Sirona das beliebte Konzept des Rundsitzes wieder aufgenommen und perfektioniert. Sirona bietet den neuen Arbeitsstuhl in einem attraktiven Preissegment an. Sein zeitloses Design passt zu allen modernen Praxiseinrichtungen.

Der Rundsitz CARL sorgt für maximale Bewegungsfreiheit und genügt den höchsten Ansprüchen an Komfort und Qualität. Die runde Sitzfläche hat eine bequeme Polsterung und ist „nahtlos“ hygienisch. CARL ermöglicht optimales Sitzen in allen Behandlungspositionen. Die Rückenlehne ist ohne Anschlag um 360° drehbar und kann auch zur Armauflage oder Körperabstützung benutzt werden. Die Höhenverstellung des Arbeitsstuhls ist durch einen griffigen Auslösering unter der Sitzfläche von allen Positionen aus sehr einfach zu bedienen.

CARL unterstützt Behandler aller Körpergrößen, da er mit wahlweise zwei unterschiedlich langen Gasfedern angeboten wird. Den Arbeitsstuhl gibt es in den Ausstattungsvarianten CARL Manual und CARL Manual Plus. Letzterer hat einen zusätzlichen Fußring für die handfreie Bedienung.

Sirona Dental Systems GmbH
Fabrikstraße 31
D-64625 Bensheim

Quelle: <http://www.sirona.de>

Hu-Friedy präsentiert neuen magnetostriktiven Power-Scaler Angenehm, Swerv3!

Hu-Friedy launcht mit Swerv3 einen neuen leistungsstarken magnetostriktiven Power-Scaler. Ausgestattet mit fein abgestimmter Elektronik und einem breiten Leistungsspektrum, gewährleistet Swerv3 gleichzeitig optimale Scaling-Ergebnisse und höchste Patientenfreundlichkeit. Das einzigartige ergonomische Design des Scalers verbessert darüber hinaus den Anwenderkomfort.

Die sorgfältig abgestimmte Elektronik des Swerv³ erlaubt sehr exaktes und kontrolliertes Arbeiten. So werden die Behandlungsergebnisse verbessert und die Scaling-Effizienz gesteigert. Zudem können Zahnärzte entsprechend der vorliegenden klinischen Indikation aus einem breit angelegten Leistungsbereich die jeweils niedrigste wirksame Einstellung wählen und dadurch das Wohlbefinden ihrer Patienten bei optimaler Pflege steigern.

Ergonomisches Design

Auch für den Anwender bietet der neue Scaler besonderen Komfort. Konstruiert entsprechend den Vorgaben der European Ergonomic Society, senkt das leichte, ausgewogene Handstück die Muskelbelastung des Behandelnden und ermöglicht entspanntes Arbeiten. Ein extraoraler Stützpunkt kann die biozentrische Positionierung der Hand zusätzlich unterstützen und den Bewegungsablauf verbessern.

Weitere anwenderfreundliche Details machen Swerv³ zum effizienten Scaling-Partner: So lässt die farb-codierte, beleuchtete Anzeige mit verbesserter Schleifendarstellung die jeweils gewählte Leistungseinstellung auf einen Blick erkennen. Die automatische Spülfunktion trägt dazu bei, Luft aus den Wasserleitungen zu entfernen und deren Pflege zu erleichtern. Zudem ist die glatte Oberfläche des Touch Pads einfach und schnell hygienisch zu reinigen.

Swerv3 und Swivel-Einsätze: Spitzenteam für höchsten Komfort

Die perfekte Ergänzung für Swerv³ sind die patentierten Swivel-Ultraschalleinsätze von Hu-Friedy. Diese ermöglichen die Drehung des Instruments mit nur drei Fingerspitzen. Ohne den anstrengenden Zug und Drill vom Kabel liegt das Instrument wesentlich sicherer und entspannter in der Hand. Schwer zugängliche Bereiche sind mit Swivel ohne lästiges Umgreifen oder Absetzen einfach zu erreichen.

Quelle: <http://www.hufriedy.eu>

Genuss ohne Verdruss: Hilfe für sensible Zähne in 60 Sekunden

Jetzt neu: Sensodyne® Rapid lindert die Schmerzempfindlichkeit von Zähnen in 60 Sekunden

Er ist kurz, scharf und stechend – Der Schmerz, der viele Menschen beim Einatmen kalter Luft oder beim Genuss bestimmter Lebensmittel plagt. Jetzt bietet Sensodyne® Rapid für Menschen mit schmerzempfindlichen Zähnen eine schnelle Hilfe: Nach nur einer Minute sanftem Einmassieren einer erbsengroßen Menge am sensiblen Zahn wird die Schmerzempfindlichkeit gelindert. In einer Studie erzielte Sensodyne® Rapid bei 85 Prozent der Probanden eine messbare Verbesserung¹. Durch zweimal tägliches Anwenden mit der Zahnbürste wird ein lang anhaltender Schutz vor Schmerzempfindlichkeit aufgebaut. Sensodyne® Rapid mit Strontiumacetat-Formel bildet eine tiefe und säurestabile Okklusionsbarriere. Die offenen Dentinkanälchen werden verschlossen. Schmerzauslösende Reize durch warme, kalte, süße oder saure Speisen und Getränke können so nicht mehr an den Zahnnerv weitergeleitet werden.

In der klinischen Studie konnte 60 Sekunden nach der direkten Applikation eine Reduktion der Dentinen Hypersensivität um 46 Prozent durch einen Kältereiz nachgewiesen werden. Bei 85 Prozent der Patienten konnte eine messbare Verbesserung der Schmerzempfindlichkeit gezeigt werden. Die Studie liefert damit einen weiteren Beleg für die schmerzlindernde Wirkung von Strontiumsalzen als aktiven Inhaltsstoffen bei dentiner Hypersensivität.

„Fluoride allein reichen bei schmerzempfindlichen Zähnen nicht aus, weil Zahnschmelz und Dentin anatomisch und funktionell vollkommen verschieden sind“, erklärt Dr. Thomas Nahde von der Sensodyne®-Forschung, „Dentin besteht – anders als der Zahnschmelz – nur zu 47 Volumenprozent aus Mineralien. Eine Remineralisierung allein kann die Funktionalität von Dentin nicht wiederherstellen.“ Fluorid stärkt zwar den Zahnschmelz und schützt das weiche Dentin vor Karies (daher ist auch in der Sensodyne® Rapid-Formulierung Fluorid enthalten), es verhindert aber nicht die Schmerzentstehung durch offene Dentintubuli. Sensodyne® Rapid bildet mit seiner Strontiumacetat-Formel eine tiefe und säurestabile Okklusionsbarriere, die die Dentintubuli verschließt. Dadurch wird eine schnelle Linderung erzielt. Bei zweimal täglicher Anwendung mit der Zahnbürste wird ein lang anhaltender Schutz vor Schmerzempfindlichkeit erreicht.

Etwa ein Drittel der Erwachsenen zwischen 18 und 64 Jahren leiden an überempfindlichen Zähnen. Am häufigsten tritt dieses Problem im Alter zwischen 36 und 64 Jahren auf, wie eine Veröffentlichung aus Kanada belegt². Vor allem Parodontalerkrankungen und falsche Putzgewohnheiten können freiliegende Zahnhälse und damit Dentine Hypersensivität begünstigen. Grund sind die nicht mehr durch das Zahnfleisch geschützten freiliegenden Dentintubuli. Sie leiten den äußerlichen Reiz an den Zahnnerv weiter – der Schmerz entsteht.

Sensodyne® Rapid ist als 75ml-Tube ab Juni für 3,99 Euro (unverbindliche Preisempfehlungen) in Apotheken und Drogeriemärkten sowie im Lebensmittelhandel erhältlich.

GlaxoSmithKline Consumer Healthcare GmbH&Co. KG
Bußmatten 1
77815 Bühl

Quelle: <http://www.sensodyne.de/rapid>

X-trem gründlich bis in den Zahnzwischenraum

Dr.BEST® X-Zwischenzahn Zahnbürste: Schräg angewinkelte Borsten mit Zwischenzahn-Technologie / gleitet entlang der Zahnflanken und reicht tiefer in Zahnzwischenräume als herkömmliche X-Borsten

„Die Zähne sind sauber, wenn man beim Putzen mit der Zahnbürste kräftig drückt und der Arm weh tut“, beschreibt der typische Schrubber seinen Putzerfolg. Der Techniker legt dagegen Wert auf ein Zahnputzinstrument, das ihm durch das Bürstendesign eine echte Unterstützung bei der täglichen Mundhygiene bietet. Besonders wichtig ist ihm die Erreichbarkeit der schwer zugänglichen Interdentalräume. Die neue Dr.BEST® X-Zwischenzahn Zahnbürste hat schräg angewinkelte X-Borsten, die mit ihrer Kreuz-Anordnung ideal entlang der Zahnflanken gleiten. Darüber hinaus gelangen die verlängerten X-Seidenfein-Borsten 40 Prozent tiefer in die engen Zahnzwischenräume im Vergleich zu herkömmlichen X-Borsten Zahnbürsten, wie eine Laborstudie aus den USA zeigt.

Professor Dr. Samuel L. Yankell von Yankell Research Consultants in Moorestown, NJ, USA, untersucht die Interproximal Access Efficacy (IAE). Diese seit 1983 weltweit anerkannte Testmethode bewertet die Fähigkeit von Borsten einer Zahnbürste, in die Zwischenräume vorzudringen. Dabei werden nachempfundene Front- beziehungsweise Seitenzähne vertikal oder horizontal geputzt. Die Werte werden anschließend kombiniert, um die gesamte Erreichbarkeit der Zahnzwischenräume festzustellen. In einem anderen Testverfahren färbt der anerkannte Experte Professor Dr. Thomas Imfeld von der Universitätszahnklinik Zürich anatomisch geformte Zahnmodelle ein, um das Kontaktvermögen der Zahnbürste mit den Zahnflächen zu erfassen. Anschließend werden die Zähne in einer Bürstmaschine mit verschiedenen Bewegungen und standardisiertem Auflagegewicht gebürstet. Die Forscher messen die gereinigten Flächen und ermitteln so den Putzerfolg. „Die X-Seidenfein-Borsten der neuen Dr.BEST® Zahnbürste erreichen die Zwischenzahnflächen sechsmal besser als herkömmliche X-Borsten*“, fasst Dr. Miriam Dörfler von der Dr.BEST® Forschung die Ergebnisse der Tests zusammen. Selbst bei horizontalen Putzbewegungen ist das Zahnflächen-Kontaktvermögen signifikant besser.

In einer Verbraucherbewertung heben 96 Prozent der Anwender die insgesamt sehr gute Reinigungsleistung hervor. Darüber hinaus bestätigen 72 Prozent der Befragten der Dr.BEST® X-Zwischenzahn Zahnbürste eine Reinigung der Zahnzwischenräume. Mit der richtigen Putztechnik kann die Plaqueentfernung zusätzlich optimiert werden. „Ein hoher Druck gibt einzelnen Menschen vielleicht das Gefühl, gründlich geputzt zu haben, ist aber für ein gutes Reinigungsergebnis nicht notwendig und kann sogar das Zahnfleisch schädigen“, sagt Dörfler. Daher gibt bei allen Dr.Best® Zahnbürsten die im Griff integrierte Flex-Zone bei zu hohem Druck nach.

Quelle: <http://www.dr-best.de/produkte/zahnbuerstenberater.jps>

DENTTABS-Zahnputztabletten

Eine kleine Tablette stellt die Zahnpflege auf den Kopf!

Liebes Praxisteam,

wir alle sind mit dem Wissen aufgewachsen, daß man sich 2 x täglich mit Zahnbürste und Zahnpasta die Zähne putzen muß. Das haben wir von unseren Eltern, in der Schule und beim Zahnarzt so gelernt. Und niemand kam bislang auf die Idee, das in Frage zu stellen. Bis jetzt! Denn jetzt gibt es nicht nur eine Alternative, sondern gleich eine ganze Revolution! DENTTABS-Zahnputztabletten.

Nicht nur die Anwendung ist anders (Tablette in den Mund, zerbeißen und mit Speichel vermengen bis alles schön cremig ist, und dann, wie gewohnt, mit einer möglichst weichen Zahnbürste die Zähne "putzen"), sondern das ganze Verständnis für Zahnpflege stellt sich damit auf den Kopf! Denkt man bislang beim Zähneputzen daran, die Beläge zu entfernen, werden mit DENTTABS die Zähne nun dank der enthaltenen Zellulose so glatt poliert, daß erst gar keine Beläge entstehen können!

Darüber freuen sich die Zähne, weil dadurch der Angriff der Bakterien, die die so gefürchtete Karies bewirken, quasi nicht mehr möglich ist. Darüber freut sich das Zahnfleisch, weil der so gefährliche Zahnstein natürlich auch nicht mehr entsteht, und daher das Zahnfleisch auch nicht mehr belasten kann. Und wir selbst freuen uns zusätzlich darüber, daß unsere Zähne einen ganz natürlichen Glanz bekommen! Und all die Verfärbungen, die wir durch Tee, Kaffee, Nikotin, Rotwein etc. bekommen können, haben auch keine Chance mehr. Denn auch die haben an den polierten Flächen keine Chance mehr! Und warum eine besonders weiche Zahnbürste? Weil ja auch niemand auf die Idee käme, sein Auto mit einem Strassenbesen zu polieren...;-)

Und wer bereits unter empfindlichen Zähnen oder Zahnhälsen leidet, wird sich besonders freuen! Denn eben weil DENTTABS Tabletten, also trocken sind, wirkt das enthaltene Fluorid erheblich intensiver. Dadurch kann die natürliche Remineralisierung so stark unterstützt werden, daß es zu einer dauerhaften Verbesserung an den Zähnen kommt! Nicht nur zu einer zeitlich begrenzten Schmerzlinderung wie bei herkömmlichen „sensitiv“-Zahnpasten!

Und wer hat sich das ausgedacht?

DENTTABS beruhen auf einer Grundidee von Prof. Dr. Peter Gängler, ehem. Dekan der zahnmedizinischen Fakultät der priv. Universität Witten-Herdecke. Sein Ansatz war der Verzicht. Denn in typischer Zahnpasta sind viele Stoffe enthalten, die für die Zahnpflege als solches mehr als unnötig sind. Sie werden eingesetzt, weil Zahnpasta im wesentlichen (i.a.R. >50%) aus Wasser besteht. Die Frage welche dieser Stoffe nun besonders ungünstig für den menschlichen Körper sind, ist sicherlich ein streitbares Thema. Aber unbestritten ist, daß sie keinen Schaden anrichten können, wenn sie nicht vorhanden sind...

Die über das Thema entstandene Doktorarbeit von Dr. Hendrik Eifler aus Berlin haben wir aus unserer Position als Dentallabor begleitet. Wir mussten dabei lernen, daß der größte Teil unserer Arbeit darin besteht, Zahnersatz zu schaffen, der sicherlich vermeidbar gewesen wäre, hätten die Betroffenen schon früher mehr über Zahnpflege gewusst... Und ganz besonders Stolz sind wir darauf, daß DENTTABS als einziges Zahnpflegeprodukt für Erwachsene das Siegel der Aktion zahnfreundlich e.V. (www.zahnmaennchen.de) "wissenschaftlich getestet" verwenden dürfen! Über viele Schritte und Entwicklungen sind so DENTTABS entstanden, die nun schon in allen 24.000 Apotheken in Deutschland, in vielen ROSSMANN-Filialen, bei BUDNIKOWSKY in Hamburg, in allen MÜLLER-Drogeriemärkten und natürlich auch in vielen Internet-shops und auch bei manchen Ihrer Kollegen zu bekommen sind.

Wir von DENTTABS sind sehr, sehr gespannt, wie der Test bei Ihnen ausfällt! Und falls Sie zwischendurch Fragen oder Anregungen haben, so kommen Sie sehr gerne jederzeit auf mich zu!

Mit freundlichen Grüßen

DENTTABS® innovative Zahnpflegegesellschaft mbH

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie gehören zu den interessierten und innovativen Mitmenschen, die sich mit der digitalen Welt angefreundet haben. Genau wie wir vom „med.dent.magazin“.

Wir haben das Experiment gewagt, eine ausschließlich digitale Zahnmediziner-Zeitschrift zu etablieren.

Nach 15 Jahren erfolgreichen Erscheinens und erfreulicher Leserresonanz wechselten wir das Printmedium gegen das Internetmedium aus. Mit vielen Vorteilen für Sie:

Das med.dent.magazin erscheint monatlich.

Das med.dent.magazin ist aktuell.

Das med.dent.magazin ist mit den Autoren, Quellen und Partnern verlinkt.

Bitte geben Sie die <http://www.med-dent-magazin.de> Adresse weiter (dort können sich Interessierte für den ständigen und kostenlosen Bezug einschreiben).

Ich freue mich auf eine weite Verbreitung und ein produktives Networking.

Ihr

Hans-Peter Küchenmeister

I M P R E S S U M

Info

Sehr geehrte/r Leser/in!

Unser Angebot besteht aus der Zahnmediziner Zeitschrift med.dent.magazin in digitalisierter Form.

Das med.dent.magazin erscheint monatlich im PDF-Format und wird am Monatsanfang per E-Mail versandt.

Um das med.dent.magazin zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen besuchen Sie bitte unsere Web-Site und tragen Sie sich dort auf der Startseite mit ihrer E-Mail-Adresse ein oder aus.

Hinweis zum Thema Abmahnung:

Keine Abmahnung ohne sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen.

Wenn der Inhalt oder die Aufmachung unserer Seiten gegen fremde Rechte dritter oder gesetzliche Bestimmungen verstößt, so wünschen wir eine entsprechende Nachricht ohne Kostennote. Wir werden die entsprechenden Passagen sofort löschen, falls zu Recht beanstandet.

Von Ihrer Seite ist die Einschaltung eines Rechtsbeistandes nicht erforderlich. Sollten dennoch Kosten dadurch entstehen, das Sie keine vorherige Kontaktaufnahme vornehmen, werden wir die Kosten vollständig zurückweisen und eventuell Gegenklage erheben, da Sie gegen diesen Artikel verstoßen haben.

Kontakt

Redaktion

Hannelore Küchenmeister

Anregungen und Fragen zu Artikeln und redaktionelle Beiträge bitte an:

mailto: postfach@med-dent-magazin.de

Herausgeber

Hans-Peter Küchenmeister
Daldorfer Straße 15
D 24635 Rickling

Tel. +49-(0)4328-722 477
Fax +49-(0)4328-722 478

mailto: postfach@med-dent-magazin.de
web: <http://www.med-dent-magazin.de>

Newsletter

Fragen zum Versand/Abo und Homepage an:

Phillip Kriett

mailto: postfach@med-dent-magazin.de

Archiv

Das Archiv befindet sich auf unserer Website. Dort sind die bisherigen Ausgaben zum Download verfügbar.

Den aktuellsten Adobe Acrobat Reader® erhalten Sie hier:



NEU: Sie Suchen zu einem bestimmten Stichwort Artikel in Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang?

Die Lösung finden Sie auf unserer Homepage. Benötigt wird lediglich der Index zu Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang und eine Acrobat-Reader-Version, die die „Volltextsuche“ unterstützt.

Genauereres auf unserer Homepage!